LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 I

L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

IV. Wahlperiode / 22.Sitzung.
2. Sitzungsperiode 1934.

Stenographischer Bericht

über die am Donnerstag,dem 28.Juni 1934 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Vollversammlung des Landesrates.

Vorsitzender Scheuer: Meine Dame und meine Herren! Ich eröffne hiermit die heutige Sitzung(10 Uhr).

Die Regierungskommission ist vertreten durch die Herren:

Ministerialdirektor Kuchenbecker, als Staatskommissar;

Regierungsrat Steng, als Vertreter des Regierungskommissars für Finanzen.

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Levacher (DF)-Saarlouis; Dr. Dr. Röchling(DF)-Völklingen; Kiefer (DF)-Saarbrücken; Lorenz (KP)-Sulzbach.

Die

T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor. Sie umfaßt folgende Punkte:

Begutachtung der Verordnungsentwürfe betreffend:

1) Straffreiheit;

2) Verlängerung der Mandatsdauer der gewählten Mitglieder öffentlicher Körperschaften;

3) Zuständigkeit der Kreispolizeibehörden;

4) Ergänzung der V.O. vom 18.11.1933 über Abänderung des preußischen Gesetzes betr. den Forstdiebstahl vom 15.4.1878, des Forststrafgesetzes der Pfalz vom 28.12.1931 sowie des § 370,2 des Strafgesetzbuches;

5) Heranziehung der Mineralöle zur Umsatzsteuer und Verbrauchssteuer;

6) Ratifizierung der am 23.November 1933 in Rom unterzeichneten internationalen Übereinkommen über den Eisenbahn-,Personen und Gepäckverkehr sowie über Eisenbahnfrachtverkehr.

In der am Montag,den 25.ds.Mts. stattgefundenen Kommissionssitzung wurde beschlossen, für jede Fraktion eine Stunde Redezeit festzusetzen und zwar eine halbe Stunde für die Erledigung der Tagesordnung und eine halbe Stunde für die allgemeine Aussprache.

Zu allen Punkten der Tagesordnung haben sich die Fraktionen ihre Stellungnahme bis zum Plenum vorbehalten.

Das Protokoll über die Kommissionssitzung vom 25.Juni 1934 gilt zugleich als Kommissionsbericht.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Martin das Wort!

Abg. Martin(DF): Meine Dame und meine Herren! Vor nicht allzulanger Zeit hat die Saarregierung eine Reihe von Verordnungsentwürfen vorgelegt, die außerordentlich strenge Strafbestimmungen vorsahen. Die übergroße Mehrheit des Landesrates hat diese Verordnungsentwürfe abgelehnt. Trotzdem hat sie die Regierungskommission zum Gesetz erhoben.

Nun ist das eingetreten, was wir vorausgesehen hatten. Die Regierung muß jetzt selbst bekennen, daß sich zahlreiche Bewohner des Saargebietes zu diesen drakonischen Verordnungen in Widerspruch gesetzt und strafbar gemacht haben. Ein Strafregen ist auf die Bevölkerung niedergegangen, der selbst die Regierung zum Nachdenken gezwungen hat.

Da am 1.Juli ds.Js. die vom Rate des Völkerbundes ernannte Abstimmungskommission ihre Tätigkeit im Saargebiet aufnimmt und, wie die Regierungskommission in der Begründung zu ihrer heutigen Vorlage durchaus zutreffend anführt, ein wichtiger Zeitabschnitt für die Vorbereitung der Volksabstimmung beginnt, ergreift sie die sich bietende Gelegenheit zum Einlenken, auch um sich vor ihrer Liquidation noch ein gutes Andenken bei der Bevölkerung zu verschaffen, und überrascht uns mit der Vorlage einer Verordnung betr. Straffreiheit.

Die Regierung begründet ihre Vorlage damit,daß sie eine Periode der öffentlichen Befriedung einleiten wolle. Damit gibt sie zu, daß eine Beunruhigung der Bevölkerung durch ihre Verordnungen hervorgerufen worden ist, während sie vordem der Ansicht war, daß nur verschärfte Strafbestimmungen Ruhe und Sicherheit gewährleisten.

Somit ist erwiesen, daß unsere ablehnende Stellungnahme gegen ihre Verordnungen berechtigt war. Der Inhalt der heutigen Vorlage bedeutet eine wesentliche Milderung oder gar ein Erlaß der schon verhängten Strafen. Wir grüßen darum die Vorlage und stimmen ihr zu!

Wenn sie aber dem Gefühl entsprang, daß man den Bogen überspannt hatte und die Strafe teils ermäßigen, teils ganz erlassen wollte, so sollte sich die Regierung doch überlegen, ob sie nicht für die Zukunft die Quelle des Strafregens verstopfen will, indem sie die scharfen Strafbestimmungen ganz aufhebt oder wesentlich herabsetzt.

Diese Maßnahme ist umso gerechtfertigter, als die Regierung - wie ich gerne zugeben will- aus berechtigter Besorgnis und in bester Absicht, aber unter falschen Voraussetzungen zu diesen überstrengen Strafbestimmungen gegriffen hat. Sie hatte als Außenstehende, die der Bevölkerung fremd gegenüber stand, einer allzu laut aufbegehrenden kleinen Gruppe, die ständig über Terror klagt und der Regierung und dem Ausland eine Mehrheit für die Aufrechterhaltung des Status quo weismachen will, zu sehr Gehör geschenkt und darum in ihren Verordnungen Schranken errichtet, welche die Betätigung der Bevölkerung im deutschen Sinne allzu sehr einengt. Man darf sich nicht wundern, wenn diese Schranken von

der

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band IV. 13 A4 I

der Bevölkerung als unberechtigt empfunden und oft nicht einmal gesehen werden. Nur weil die genannte kleine Gruppe die Mehrheit der Katholiken für sich in Anspruch nahm, konnte bei der Regierung der Eindruck entstehen, als ob ein nennenswerter Teil der Saarbevölkerung für den gegenwärtigen Zustand sei. Es ist aber nicht wahr, daß viele Katholiekn zu diesem Häuflein halten. Der saarländische Katholik weiß, was er seinem Vaterlande schuldig ist. So wenig er seine Treue zur Kirche von dem Verhalten dieses oder jenes Geitlichen oder von bestimmten Zuständen in der Kirche abhängig macht, so wenig läßt er seine Treue zum Reich von einzelnen Männern oder von besonderen Zuständen in seinem Vaterland bestimmen. Wir sind vorbehaltlos deutsch, auch wenn wir nicht mit allen Vorgängen einverstanden sind, die drüben geschehen. Darum empfinden wir alle Schranken als naturwidrig, die unsere deutsche Haltung behindern. Die Notverordnungen müssen aufgehoben werden.

Indem wir der Regierungsvorlage zustimmen, haben wir noch eine Reihe von Zusatzanträgen zu stellen, deren Annahme erst die Verordnung zu einer allgemeinen Wohltat werden läßt.

A n t r ä g e:

1. Wir wünschen, daß für die Beleidigungen die Straffreiheit nur dann gilt, wenn der Beleidigte durch Abgabe einer Ehrenerklärung dem Geschädigten Genugtuung zu geben bereit ist. Unter den Verordnungsentwurf fallen nämlich auch die Strafen für politische Beleidigungen. Diese sind meistens durch die Presse erfolgt. Es kann daher für den Beleidigten eine schwere Schädigung eintreten, wenn seine beschädigte Ehre nicht durch eine Ehrenerklärung wieder hergestellt und die Öffentlichkeit hierüber aufgeklärt würde. Außerdem wird durch unseren Vorschlag verhindert, daß sowohl der Beleidiger wie auch gleichgesinnte Genossen zu neuen Anwürfen veranlaßt werden.

2. Die Regierung hat in Artikel 8 angegeben, daß Zuwiderhandlungen gegen Zollgesetze mit politischem Hintergrund von der Straffreiheit ausgenommen seien. Wir bitten zu erwägen, ob man hier nicht wesentliche Milderungen eintreten lassen kann, zumal die Regierung sogar den Meineid unter die Strafmilderung fallen lassen will. Uns will scheinen, daß Meineid ein größeres Verbrechen ist als Zuwiderhandlung gegen Zollgesetze aus politischen Gründen.

3. Dann halten wir es für angebracht, daß für Straftaten, die infolge wirtschaftlicher Not begangen worden sind, die Höchstgrenze von 3 Monaten auf ½ bis 1 ganzes Jahr erhöht wird, zumal bei Straftaten, die zum erstenmal begangen worden sind.

4. Wir wünschen ferner die Ausdehnung der Straffreiheit auf Disziplinarstrafen gegen Beamte, welche aus politischen Gründen oder aus Gründen wirtschaftlicher Not mit den Disziplinargesetzen in Konflikt geraten sind.

Bei

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 — 1

Bei dieser Gelegenheit möchte ich der Regierung noch empfehlen, ihre frühere Verordnung zu ergänzen durch Einfügung folgenden Paragraphens:

"Derjenige Redakteur einer Zeitung, der die politischen Fragen bearbeitet und mit eigener Stellungnahme des Blattes vor die Öffentlichkeit tritt, soll verpflichtet sein, auch als der verantwortliche Leiter des Blattes im Impressum sich eintragen zu lassen."

Der Grund zu diesem Antrage ist darin gegeben, daß eine Reihe von Zeitungen sogenannte Sitzredakteure angestellt haben, die wahllos jedermann beleidigen, der nicht an ihrem Strange zieht. Diese Sitzredakteure, gegen die z.Zt. noch eine Reihe von Strafverfahren laufen, werden durch die Amnestievorlage zum großen Teil ihre Strafe los und werden natürlich auf's neue gegen ihre politischen Gegner vorgehen. Das muß unterbunden werden, indem der oben formulierte Paragraph eingefügt wird.

Zur Vorlage betreffend

<u>Verlängerung der Mandatsdauer der gewählten Mitglieder öffentlicher Körperschaften</u>.

Wie in einer Kommissionssitzung von einer Partei bemerkt worden ist, habe die Regierungskommission diese Vorlage der Deutschen Front zuliebe gemacht. EinWort der Erwiderung:

Es ist uns nicht bekannt, daß die Regierungskommission der Deutschen Front zuliebe etwas getan hat. Aber wir glauben, daß eine bestimmte Seite mehr Gefallen erwiesen bekommen hat als wir. Wahrscheinlich befürchtet die Regierungskommission, daß eine Abstimmung auf irgend einem Gebiet eine Art Probeabstimmung werden könnte und will nun die linken Parteien vor einer Blamage bewahren. Nachdem das Abstimmungsdatum festgesetzt ist und die Machtstellung der Deutschen Front nicht mehr zu erschüttern ist, besteht für die Deutsche Front kein Grund, die Vorlage abzulehnen, denn das Abstimmungsergebnis steht auch ohne Probeabstimmung durchaus fest.

Der Vorlage betreffend

<u>Zuständigkeit der Kreispolizeibehörde</u>

stimmen wir zu.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A 4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Becker!

Abg. Becker (DF): Meine Dame und Herren! Ich spreche zu der Vorlage betreffend

Ergänzung der V.O. vom 18.11.1933 über Abänderung des preußischen Gesetzes betr. den Forstdiebstahl vom 15.4.1878, des Forststrafgesetzes der Pfalz vom 28.12.1931 sowie des § 370,2 des Strafgesetzbuches.

Meine Fraktion hat sich entschlossen, die Vorlage abzulehnen. Sie ist der Ansicht, daß die Vorlage für die kurze Zeit des saarländischen Sonderregimes nicht mehr nötig ist. Vertreter der Gemeinde ist der Bürgermeister. Nur er allein ist als Gemeindevorstand berechtigt, die Gemeinde vor Gericht zu vertreten. Durch diese Verordnung würde, wenn sie Gesetz werden würde, eine Ausnahme von diesen Bestimmungen geschaffen werden. Wir wollen aber die Selbstverantwortung des Gemeindevorstandes erhalten wissen.

Die Vorlage 5 betreffend

Heranziehung der Mineralöle zur Umsatzsteuer und Verbrauchssteuer.

Zu dieser Vorlage habe ich zu erklären, daß sich für uns neue Tatsachen ergeben haben. Die Erhebungen über den Verbrauch stationärer Gasölmotore sind noch nicht abgeschlossen und deshalb beantragen wir, daß die Vorlage erneut an die Kommission zurückverwiesen wird.

Zu der Vorlage 6 betreffend

Ratifizierung der am 23.November 1933 in Rom unterzeichneten internationalen Übereinkommen über den Eisenbahn-,Personen-und Gepäckverkehr sowie über den Eisenbahnfrachtverkehr

haben wir zu erklären, daß wir der Ratifizierung dieses Übereinkommens zustimmen.

Vorsitzender: Damit hat die Deutsche Front ihre Gutachten abgegeben.

--

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Staatskommissar!

Staatskommissar Kuchenbecker: Ich wünsche etwas zu bemerken zu der Vorlage betreffend Ergänzung des Forstdiebstahlsgesetzes. Zuständig ist, soviel festgestellt wurde, in dem preußisch bayerischen Gebiet der Gemeinderat und nicht der Bürgermeister und deshalb bedeutet dies eine außerordentliche Belastung der Gemeinderatssitzungen.

(Zuruf des Abg. Becker (DF): Wir sind der Auffassung, daß der Bürgermeister der Vertreter des Gemeinderats ist.)

(Zuruf des Abg. Schmelzer(DF): Ist von irgend einem Gemeinderat eine Beschwerde eingegangen über die Belastung des Gemeinderats durch diese Angelegenheit?)

Ich kann mir denken, daß, wenn der Gemeinderat alle Augenblicke mit derartigen Anzeigen behelligt wird, immerhin die Sitzungen des Gemeinderats außerordentlich in die Länge gezogen werden.

Abg. Detjen (KF): Meine Dame und meine Herren! Ich möchte zunächst folgendes feststellen. In dem Kommissionsbericht, der uns vorliegt sind einige Anträge, die die Kommunistische Fraktion eingebracht hat, nicht enthalten. Ich behalte mir trotzdem vor, auf diese Anträge einzugehen.

Wenn wir den Sprecher der Deutschen Front gehört haben und zwar insbesondere zu der Amnestievorlage, so möchte man beinahe aus seinen Ausführungen heraus feststellen, als wenn sich lauter Unschuldsengel sowohl in der Deutschen Front als auch in der NSDAP befinden würden. Aber auch noch etwas anderes kann man feststellen, und zwar auf der einen Seite eine Zustimmung zu der Vorlage und imselben Atemzug aber auch Einwendungen, und zwar, indem man hier der Regierungskommission die Handhabe geben will verschärfter in dieser Frage vorzugehen.

Ich möchte die Frage der Beleidigung herausgreifen. Ja, meine Herren von der Deutschen Front. Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß, wenn in der Presse Artikel erscheinen, die das ungeheure Verschleudern von Geldern, wie das z.B. dem Oberbürgermeister Dr.Neikes Saarbrücken verschiedene Mal in aller Öffentlichkeit nachgewiesen worden ist, und daß diese Dinge von der gesamten Deutschen Front unterstützt worden sind, daß das dann wehe tut, wenn die Arbeiterschaft erfährt, wie mit ihren Steuergeldern umgegangen wird, ist selbstverständlich. Und wenn dann der Bürgermeister dazu übergeht und strengt Klage an und das Gericht muß feststellen, daß das Gesagte die Wahrheit ist, aber "wir müssen Sie wegen formaler Beleidigung betrafen", dann spricht das der gesamten Gesetzgebung an der Saar Hohn.

Also auf der einen Seite wird die Wahrheit gesagt und weil man das Vorgehen mit Volksausplünderung bezeichnet, wird man bestraft mit 4 Wochen und nun fordert heute der Abgeordnete Martin, daß derartige Dinge noch verschärft werden. So sieht die Haltung der Deutschen Front in der Amnestie-Vorlage aus.

Ich möchte grundsätzlich dazu sagen, daß wir als Kommunistische Fraktion der Amnestie-Vorlage zustimmen und einen Nachsatz wünschen und zwar, daß die Frist vom 11.Juni

verlängert

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4 I

verlängert wird und zwar vielleicht bis zum Inkrafttreten der Amnestie-Vorlage. Wir überlassen das der Regierungskommission. Ich möchte hierzu noch eine Bemerkung machen,und zwar stellen wir fest, daß, wenn der Herr Staatskommissar in einer Kommissionssitzung zugeben muß, daß allein annähernd 5000 Personen im Saargebiet bestraft worden sind wegen Kohlenraffens, dies das ungeheure Elend aufzeichnet, in der sich die Arbeiterklasse an der Saar befindet. Ich kann wohl ruhig sagen,daß die Arbeiterschaft, die Werktätigen,nicht Kohlenraffen aus Wollust, sondern aus bittrer Not heraus und es ist einfach unerhört, wenn von seiten der Deutschen Front noch Einwendungen bei der Amnestievorlage gemacht werden, wo man sieht, daß aus wirtschaftlicher Not heraus und daran ist doch letzten Endes nur das kapitalistische System schuld und diejenigen, die das kapitalistische System mit Händen und Füßen verteidigen,nämlich die Vertreter der Deutschen Front- diese Vergehen begangen worden sind. Wenn man derartige Dinge sieht, dann muß man feststellen, daß das aus der ungeheuren Not der Werktätigen entsprungen ist und wir verlangen, daß diese Leute restlos freikommen. Die unerhörten Strafen, die seitens der Klassenjustiz verhängt worden sind, sprechen Bände. Ich möchte nur auf einen Fall eingehen, und zwar wurde hier heute morgen eine Delegation von parteilosen Frauen aus Neunkirchen vorstellig.Sie trugen vor, daß am Freitag 1/2 12 Uhr nachts ein Emigrant von Nationalsozialisten festgehalten und mit vorgehaltenem Revolver untersucht worden ist. Soweit sind wir an der Saar gekommen und wenn ich vorhin gesagt habe, die Mitglieder der Deutschen Front sind lauter Unschuldsengel, so kann ich feststellen, daß Terror an der Saar nur ausgeübt wird von Nationalsozialisten und Mitgliedern der Deutschen Front.

(Zurufe der Kommunisten: Sehr gut!)

Dies ist wiederum ein Beispiel und wenn dann die Polizei noch wagt, nachts um 1/2 2 Uhr bei einer Frau ins Haus einzudringen und der Leiter der Polizei ist besoffen wie ein Schwein, fährt mit dem Überfallwagen an dem Hause vor und will die Verhaftung des Sohnes dieser Frau vornehmen, so zeigt dieser Fall ganz klar auf, wohin diese Dinge führen, wohin die Deutsche Front das Saarvolk führen will, denn der Sohn saß zur selben Zeit im Gefängnis, aber die deutsche Front hat der Polizei einen Fingerzeig gegeben, sie hat gesagt, er ist ein aufrechter Antifaschist, deswegen muß er es gewesen sein und deswegen muß er ins Gefängnis.

So sieht das objektive Bild an der Saar aus. Infolge der vielen Übergriffe der faschistischen Polizei hat die Neunkirchener Bevölkerung eine Delegation gewählt von parteilosen Frauen, die ihre Forderungen unterbreitet haben.

Ich will hier nicht noch weitere Fälle von Klassenjustiz aufzählen. Fest steht jedenfalls, daß, wenn man die Akten durchsehen würde, man die Beobachtung machen könnte, daß lediglich durch den Terror der Deutschen Front die Leute ins Gefängnis wandern, die unschuldig sind und wir müssen deshalb die Forderung nach einem wehrhaften Selbstschutz stellen,denn auf die Polizei können wir uns heute nicht mehr verlassen.

Sie lachen,Herr Schmelzer. Gestern abend wurde ein Sozialdemokrat in St.Arnual zusammengeschlagen. Nazihorden hatten die Straßen von St.Arnual unsicher gemacht,sodaß wir gezwungen waren, Arbeiter dorthin zu schicken, um die Wehrlosen

nach

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 113
A4

nach Hause zu bringen. Eine alte Frau von 70 Jahren wurde von den Banditen umgestoßen und sie sagten zu ihr: Du altes Schwein, du wagst es noch "Rot-Front" zu sagen?! So sehen die Leute Ihrer Richtung aus, Herr Schmelzer, daß diese Zustände anders werden, ist höchste Zeit. Diese Leute gehören zu Ihnen, zu der angeblichen Deutschen Front.

Ich möchte grundsätzlich noch einmal sagen, daß wir als Kommunisten die Vorlage betr. Amnestie gutheißen, daß wir aber wünschen, daß die Frist vom 11. Juni verlängert wird bis Inkrafttreten der Verordnung, d.h. also bis zum 1. Juli 1934.

Desweiteren verlangen wir, daß die Zustände in Neunkirchen und in allen Orten seitens der Regierungskommission untersucht werden, um derartige Dinge abzustellen. Wir verlangen sofortige Beseitigung aller faschistischen Elemente aus der Polizei und dem Landjägerkorps. Die Reinigung wird vorgenommen von einer durch Urwahl in den Betrieben und Stempelstellen gewählten Kommission.

Ich habe soeben gesagt, wir haben kein Vertrauen zu den Instanzen der kapitalistischen Gesellschaft. Wir sehen, daß wir an der Saar Klassengerichte haben. Aus dem Grunde verlangen wir, daß durch Urwahl in den Betrieben Delegationen gewählt werden zwecks Vornahme der Reinigung der vollständig durchseuchten Polizei an der Saar.

Wir verlangen Absetzung aller Richter, die derartige Klassenurteile in der letzten Zeit gefällt haben.

Die Kommunistische Fraktion stellt folgende Anträge:

1) Die Kommunistische Landesratsfraktion beantragt:

a) Die sofortige Absetzung des durch seine mit Putsch- und Terroraktionen drohende Haltung bekannten faschistischen Oberbürgermeisters Dr. Neikes der Stadt Saarbrücken ohne Ruhegehaltsversorgung sowie aller übrigen faschistischen Bürgermeister und Gemeindevorsteher des Saargebietes.

b) Sofortige Aufhebung des dreimonatlichen Ausschlusdes des Fraktionsführers der Kommunistischen Stadtratsfraktion aus dem Saarbrücker Stadtparlament sowie aller übrigen getätigten Ausschlüsse von antifaschistischen Gemeindevertretern im Saargebiet.

--

2) Die Kommunistische Landesratsfraktion beantragt:

Die Wiedereinsetzung aller durch Terror-und Unterdrückungspolitik der "Deutschen Front" aus den Kommissionen der Gemeindeparlamente hinausgewählten antifaschistischen Gemeindevertreter in ihre alten Rechte.

Aufhebung aller mit Beschlußrecht neugeschaffenen Deputationen und Kommissionen.

Beschlüsse dürfen nur von Stadt-und Gemeinderäten gefaßt werden.

--

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

3) Die Kommunistische Landesratsfraktion beantragt:

Die Niederschlagung aller rückständigen Staats-und Kommunalsteuern für alle Kleingewerbetreibende, Mittelständler, Zwerg-und Kleinbauern aller staatlichen und kommunalen Nachtragssteuern für die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten. Der Steuerausfall der Kommunen ist durch den Staat zu ersetzen.

--

4) Die Kommunistische Landesratsfraktion beantragt:

Die sofortige Aufhebung des Verbotes der Revolutionären Gewerkschaftsopposition.

--

5) Die Kommunistische Landesratsfraktion beantragt:

1) Die sofortige Einführung einer Sondersteuer über Vermögen von 500 000 Franken bis 750 000 Franken in Höhe von 20 %. Von 750 000 bis 1 Million Franken 30 %. Alle Vermögen über 1 Million 50 %.

2) Die Steuerleistung der Grubenverwaltung an Staat und Kommune wird um 200 % erhöht.

3) Sofortige Erhebung einer Sondersteuer auf alle Dividenden und Aufsichtsratstantiemen in Höhe von 20 %. Die sich daraus ergebenden Beträge werden zur Verfügung gestellt zur Betreuung der Erwerbslosen sowie Ortsarmen und Minderbemittelten.

---

6) Die Kommunistische Landesratsfraktion beantragt:

1) Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf den Stand vom 1.12.1931.

2) Erhöhung der Ausschlußsätze und zwar:

a) für Familienvorstand und alleinstehende Personen werden festgesetzt 300 Franken;

b) für die Ehefrau, für jedes weitere erwerbsuntätige Familienmitglied 175 Franken (für die Ehefrau 250 Franken).

3) Restlose Übernahme aller Versicherungs-und Krankenkosten auf die Gemeinde.

4) Die Erwerbslosenunterstützung bleibt pfändungsfrei. Alle bis jetzt eingehaltenen und gepfändeten Beträge für Licht, Wasser und Miete werden sofort zurückgezahlt.

5) Anerkennung der von den Erwerbslosen gewählten Erwerbslosenausschüsse.

--

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4 I

Die Kommunistische Landesratsfraktion stellt folgenden Antrag:

"Die sofortige Außerkraftsetzung des Hilfsdienstgesetzes aus dem Jahre 1916 und fordert den sofortigen Erlaß eines Betriebsrätegesetzes, welches den durch Urwahl gewählten Betriebsräten volles Bestimmungs-und Verfügungsrecht einräumt. Den Betriebsräten unterliegt die Wahrnehmung der Interessen der in dem Betrieb Beschäftigten zwecks Regelung aller arbeitsrechtlichen Fragen.

Er entscheidet:

a) Bei der Regelung der Lohn-und Akkordfragen.

b) Über die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften und bergpolizeilichen Vorschriften zur Sicherung von Leben und Gesundheit.

c) Über Einstellungen, Entlassungen und Bestrafungen.

d) In dem Betriebsrätegesetz muß verankert sein das volle Koalitionsrecht, Streik-und unumschränktes Versammlungsrecht.

e) Die Wahl der Betriebsräte findet alljährlich statt. Der Belegschaft wird das Recht eingeräumt, die Betriebsräte jederzeit abzuberufen und Neuwahl durchzuführen.

Die Vorlage betreffend:

<u>Verlängerung der Mandatsdauer der gewählten Mitglieder öffentlicher Körperschaften</u>

lehnen wir ab. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir Neuwahlen nicht zu fürchten brauchen. Ja, wir wünschen sogar, daß Wahlen ausgeschrieben werden. Ich glaube, die Deutsche Front würde ihr blaues Wunder erleben wenn einmal derartige Wahlen durchgeführt würden. Durch die arbeiterfeindliche Politik der Deutschen Front, durch die terroristische Politik, würde man feststellen können, wo die 97 % sind. Wir als Kommunisten fürchten keine Wahlen und stehen daher auf dem Standpunkt,die Vorlage ablehnen zu müssen.

Zu der Vorlage betreffend

<u>Zuständigkeit der Kreispolizeibehörden</u>

haben wir zu sagen,was in unserem Antrag enthalten ist,nämlich die Entfernung der faschistisch eingestellten Beamten im Polizei-und Landjägerkorps.

Ich möchte zum Schluß sagen, daß wir als Kommunistische Fraktion diese Forderungen, die wir eingereicht haben, mit allem Nachdruck unterstützen werden, daß wir nicht ruhen und rasten werden, bis auch der letzte Arbeiter im Saargebiet erkannt hat, wo der Weg der Deutschen Front hinführt. Wir werden uns einsetzen dafür, daß die gesamte Arbeiterschaft den Anschluß an Hitlerdeutschland ablehnt und dafür ist für eine Aufrichtung einer freien roten Saar!

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Pink!

Abg. Pink (KP): Meine Dame und meine Herren! Zu Punkt 4 der Tagesordnung betreffend:

Ergänzung der V.O. vom 18.11.1933 über Abänderung des preußischen Gesetzes betr. den Forstdiebstahl vom 15.4.1878, des Forststrafgesetzes der Pfalz vom 28.12.1931 sowie des § 370,2 des Strafgesetzbuches

hat die Kommunistische Fraktion zunächst einmal grundsätzlich zu sagen, daß wir in dieser Vorlage die völlige Entrechtung der Gemeindevertreter sehen. Wir stellen fest, daß diese Vorlage auf der Linie liegt der völligen Faschisierung der Gemeinde-bezw. Stadtverwaltungen. Wir können nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß diese Verordnung ganz besonders sich auswirkt auf die werktätige Bevölkerung und insbesondere auf die Erwerbslosen. Wenn der Erwerbslose im Herbst oder Winter, gezwungen durch die Tatsache, weil er keine Kohlen im Keller hat, veranlaßt wird, in den Wald zu gehen sich ein Bündel Reiser dort zusammen machen oder sich einen dürren Baum umzulegen, dann war er es natürlich, der dann die Strafe zu spüren bekam, wenn man ihn erwischt hatte, ins Gefängnis gekommen ist oder Geldstrafen zahlen mußte. Nun war es in der Vergangenheit so, daß bei allen Forstdiebstählen es der Gemeindeverwaltung, wenn es sich um Gemeindewald handelte, vorbehalten blieb gegen den betreffenden Mann Strafantrag zu stellen. Diese Verordnung sieht nun vor, daß im Gegensatz zu früher die Strafanträge auch bei den geringsten Vergehen von den faschistischen Forstbeamten gestellt werden. Wir können dieser Vorlage unsere Zustimmung nicht geben, weil nach unserer Meinung alle Erwerbslosen, die sich im Herbst oder Winter ein Bündel Holz in den Wald machen gehen, durch diese Verordnung der Willkür der faschistischen Forstbeamten ausgeliefert werden. Wir lehnen die Vorlage ab und stellen in diesem Zusammenhang den Antrag, die Gemeindevertretungen entscheiden zu lassen.

A n t r a g:

" Die Gemeindevertretungen entscheiden allein über gestellte Strafanträge aller im Gemeindebann liegenden Forsten."

Zu Punkt 5 der Tagesordnung betreffend:

Heranziehung der Mineralöle zur Umsatzsteuer und Verbrauchssteuer.

Die Kommunistische Fraktion hat durch eine ähnliche Angelegenheit schon einmal durch ihren Sprecher darauf hingewiesen, wer von dieser Verordnung am meisten und härtesten betroffen wird. Es ist doch so, daß der Kleingewerbetreibende, der im Besitz eines Kleinfahrzeuges oder Lieferwagens ist, welchen er zur Unterhaltung seiner Familie braucht, am meisten von dieser Maßnahme betroffen wird.

Hinzu

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

Hinzu kommt noch, daß alle Handwerker, die zu Hause in ihrem Betrieb einen Motor laufen haben, ebenfalls durch diese Maßnahme stark belastet werden. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß man sich im Gegensatz zu diesen kleinen Leuten an diejenigen heranmachen soll, die ein, zwei, drei und noch mehr Luxuswagen täglich zu ihrem Gebrauch laufen haben, daß man dort bei diesen Millionären, die Steuern eintreiben soll.

Wir lehnen die Vorlage ab, weil sie nach unserer Meinung eine Mehrbelastung der Kleingewerbetreibenden und Handwerker ist. Wir stellen in diesem Zusammenhang den

A n t r a g:

"Mineralöle, welche zum Antrieb von Motoren-, Last-, und Personenwagen dienen, die zu kleingewerblichen Zwecken benutzt werden, sind steuerfrei, sofern das Einkommen die Grenze von 1500.-Franken monatlich nicht übersteigt."

Zu Punkt 6 der Tagesordnung betreffend:

Ratifizierung der am 23.November 1933 in Rom unterzeichneten internationalen Übereinkommen über den Eisenbahn-, Personen- und Gepäckverkehr sowie über den Eisenfrachtverkehr,

geben wir unsere Zustimmung.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Petri!

Abg. Petri(SP): Meine Dame und meine Herren! Der Vorlage betreffend

Straffreiheit

stimmen wir zu. Als wir in der Vollversammlung des Landesrates am 23.November 1933 unseren Amnestieantrag stellten, leiteten uns die Motive, daß die Schäden der entgleisten Rechtsprechungen im Saargebiet durch den Gesetzgeber wieder gutgemacht werden sollten. In vielen Fällen, wo das Delikt politische Ursachen hatte, war in den letzten 16 Monaten der objektive unbefangene und unbeeinflußte Richterspruch zu vermissen. Durch diese Verordnung wird dem Verlangen weiter Bevölkerungsschichten Rechnung getragen

Wir hoffen, daß die Straffreiheit im Sinne der Denkschrift der Regierungskommission durchgeführt wird und alle Fälle, bei denen politische Ursachen zugrunde liegen, berücksichtigt werden, einerlei, welche Paragraphen des Strafgesetzbuches dafür angewandt wurden.

Wir wünschen auch, daß die Amnestierten sofort ohne lange Prüfungen in Freiheit gesetzt werden. Wenn die Amnestie der Regierungskommission eine beruhigende Wirkung ausübt, so soll uns das freuen. Als Deutsche Freiheitsfront des Saargebietes sind wir uns aber auch der gegenwärtigen und zukünftigen Situation voll bewußt. Vorgänge, wie sie sich in den letzten Tagen in Neunkirchen abgespielt haben, sind vorgetragen worden und zeigen, daß die getarnte S.A. im Saargebiet nach wie vor ihr Unwesen treibt. Derartige Vorgänge haben bewiesen, daß die Ruhe nicht garantiert ist. In Neunkirchen, wo bisher die Hetze am stärksten betrieben wird, treten neuerdings getarnte S.A.-Männer als Werber für eine nationalsozialistische Wochenschrift auf. Diese Werber gehen in die Familien hinein und versuchen, ihre Werbeschriften anzubringen. Ein Fall, der mir von dem betreffenden Manne mitgeteilt wurde, beweist, daß auch hier die Regierungskommission ihre Aufmerksamkeit hinlenken muß. Es sind meist Leute aus dem Reich, die dieses Unwesen treiben. Es muß verlangt werden, daß dieser Terror eingestellt wird. Besonders der bevorstehende Wahlkampf wird zeigen, ob die nationalsozialistischen Kräfte im Saargebiet die Gegensätze mit anständigen Methoden austragen wollen. Ob dies nach politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Überlegungen geschieht, oder ob sie die Methoden nationalistischer Verhetzung, die sie in den letzten 16 Monaten betrieben, weiter anwenden wollen. Die Regierungs-bezw. die Abstimmungskommission wird noch einige feste Garanten für die Zeit der Wahlvorbereitung und Wahldurchführung einsetzen müssen, um neue Zwischenfälle von vornherein zu unterbinden.

In erster Linie muß allen Beamten in staatlichen und kommunalen Betrieben des Saargebietes streng untersagt werden, in ihrer Amtstätigkeit oder im Zusammenhang mit ihrem Amt sich an der Abstimmungspropaganda zu beteiligen. Allen Arbeitgebern, ihren Beamten und Angestellten, dem Personal der öffentlichen Einrichtungen, Krankenkassen und Krankenhäusern, ist dieselbe zwingende Auflage ebenfalls zu machen. Auch in den Schulen ist diese Maßnahme zur Enthaltung von jeglicher Wahlpropaganda dringend erforderlich.

Jedem

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4 I

Jedem Saarbewohner soll außerhalb dieser Einschränkungen die völlige Freiheit an der Wahl und ihren Vorbereitungen sich zu beteiligen, gewährleistet sein. Während der Zeit, in welcher öffentliche Wahlversammlungen zugelassen sind, sollten in allen Ortschaften des Saargebietes die vorhandenen Säle und Versammlungslokalitäten dem örtlichen Abstimmungskomitee unterstellt werden, damit die Methoden der Saalabtreibungen unterbunden werden,. Um die Ruhe und Ordnung im Abstimmungskampfe weiter zu sichern, ist besonders notwendig, die unzuverlässigen Landjäger und Polizeibeamten, die bei den kleinsten Regungen der Linksbewegung zu Protokollierungen und Verhaftungen schreiten und die nationalsozialistischen Aktionen nicht sehen, dulden und fördern, von ihren Posten zu suspendieren. Beamte der Schutzpolizei, welche in dieser Situation, in der die nationalistischen Leidenschaften in den Zügeln gehalten werden sollen, selbst von diesem Nationalismus mitgerissen werden und ihren Dienst zu Gunsten einer Partei ausüben, eignen sich nicht für den Sicherheitsdienst. Wir fordern als Freiheitsfront keine Vorrechte, erwarten aber, daß die Instanzen des Völkerbundes jeglichen Gesinnungsdruck, Drohungen, Achtungen und Diffamierungen unterbinden und durch wirksame Sicherheitsmaßnahmen jeglichen Strafdeliktes den Boden entziehen.

Der Vorlage über die

Verlängerung der Mandate der gewählten
Mitglieder öffentlicher Körperschaften

stimmen wir zu. Unsere Zustimmung erfolgt nicht, weil wir Wahlen grundsätzlich vermeiden wollen, sondern weil in der jetzigen Situation objektive und korrekte Wahlen in den Betrieben des Saargebietes einfach nicht möglich sind. Der nationalsozialistische Propagandafonds des faschistischen Reichsministers Goebbels läuft durch Kanäle nach allen Betrieben an der Saar. Selbst auf den Gruben ist wahrzunehmen, daß sich nationalsozialistische Beamte nicht von Beeinflussungen enthalten können. Dafür dienst folgendes Beispiel von der Arbeiterausschußwahl der Grube Mittelbexbach am 26.April 1934. Der Verband Deutscher Bergbau-Industriearbeiter im Saargebiet reichte eine Liste mit drei Kandidaten ein. Vor Einreichung der Liste hatten die drei Kandidaten ihre schriftliche Zustimmung gegeben. Der Obersteiger der Grube Mittelbexbach ließ den dritten Kandidaten der Verbandsliste zu sich kommen. Kurze Zeit darauf teilte der Obersteiger dem Vertrauensmann mit, daß der dritte Kandidat zurückgetreten sei. Mit nur zwei Mandaten war die Liste nämlich ungültig. Darauf wurde ein neuer Kandidat eingesetzt, wieder wurde er zum Obersteiger bestellt. Kurze Zeit darauf erhielt der Vertrauensmann des Verbandes wieder die Mitteilung vom Obersteiger, auch der neueingesetzte Kandidat sei zurückgetreten. Es wurde zum dritten Male ein Kandidat auf die Liste gesetzt und dasselbe Spiel wiederholte sich wieder. Der Obersteiger bestellt auch den dritten Kandidaten zu sich und erklärt dem Vertrauensmann, auch dieser Kandidat sei zurückgetreten. Aus Bemerkungen von Bergarbeitern entnahm man später, daß die Kandidaten der Verbandsliste 1935 mit Repressalien zu rechnen hätten. Kommentar überflüssig.

Auf der Grube St.Ingbert wurde ebenfalls am 26.April 1934 der Arbeiterausschuß neugewählt. Dort hat die

<u>örtliche</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4 1

örtliche Polizei die sogenannten Deutschen Frontler begünstigt und die Flugblattverteiler des Bergbauindustrie-Verbandes gehemmt. Der Christliche Gewerkverein, dieses fragwürdige Glied der sogenannten Deutschen Front führte den Kampf unter der Parole: Hie deutsch, dort antideutsch. Sie proklamieren einen überwältigenden Sieg, in Wirklichkeit haben sie sage und schreibe vier Stimmen mehr als bei der Wahl im Jahre 1931 erhalten. Wegen ihrer Geschäftstüchtigkeit sind sie ja auch nachträglich von dem höchsten Leiter der deutschen Arbeitsfront entsprechend geehrt worden, indem er die Sekretäre des christlichen Gewerkvereins als geschäftstüchtige Halunken auszeichnete. Wenn einst die Analyse genommen wird bezüglich des Deutschtums des Verbandes Deutscher Bergbauindustriearbeiter im Saargebiet und des Christlichen Gewerkvereins, dann wird sie ebenso ausfallen, wie bei der Frage, wer von beiden dem wahren und echten und wer dem falschen Sozialismus gehuldigt hat.

Ein weiteres Beispiel, daß Wahlen in den Betrieben des Saargebietes in der Gleichschaltungspsychose nicht korrekt durchgeführt werden, zeigt die Ausschußwahl der Städtischen Betriebswerke in Saarbrücken am 14.März 1934. Dort wurde die Wahlmethode aus dem Dritten Reich bereits praktisch vorgeführt. Von geheimer Wahl keine Spur. Die Wähler beobachteten sich gegenseitig, damit keine marxistischen Stimmen abgegeben wurden. In anderen Betrieben, in denen die Arbeitgeber als Nationalsozialisten aktiv in den Wahlkampf für ihre neuesten gelben Arbeitnehmer-Organisationen einspringen, bedarf es keiner weiteren Begründung, daß die Wahlhandlung nicht einwandfrei durchgeführt werden kann. Obwohl im Saargebiet das Koalitionsrecht gesetzlich besteht, werden die Mitglieder der freien Gewerkschaften in vielen Betrieben des Saargebietes wegen ihrer Gesinnung gedrückt und ihre Existenz bedroht, wenn sie frei und offen an ihrer Überzeugung festhalten. Daß demnach auch die Wahlen in diesen Betrieben aussehen würden, versteht sich von selbst. Wenn diese Abstimmungspsychose vorüber ist, sehen wir den kommenden Wahlen in aller Ruhe entgegen. Alle künstlichen Machenschaften werden die denkenden Arbeitnehmer nicht beirren, ihr Votum abzugeben so, wie es der werktätigen Klasse entspricht. Das haben die Wahlen zu den Betriebsausschüssen im Dritten Reich bewiesen. Bis heute haben die Propagandafunker die Funkwellen verschont, diese Reichsbetriebswahl-Ergebnisse zu berichten. Durch diese Wahlen wurde dem Regime des Dritten Reiches sehr deutlich bekundet, daß die große Mehrzahl der deutschen Arbeiter nicht mit diesem System einverstanden ist. Der Rundfunk und die ganze gleichgeschaltete Presse verschweigt dies der Öffentlichkeit. Wenn aber im Saargebiet durch Wahlbeeinflussung, durch Verminderung der Belegschaft und der Mandate der sogen.Deutschen Front auf den Saargruben bei einer Ausschußmännerwahl 4 Stimmen mehr erhält als bei den vorhergehenden Wahlen, dann geht das über alle deutschen Sender als ein großer Sieg über die Marxisten im Saargebiet. Die Entwicklung im Reich zeigt, wie diese Siege aussehen. Wenn bisher der marxistischen Lehre von seiten der deutschen Arbeiterschaft nicht die notwendige Bedeutung beigelegt wurde, so geschieht es jetzt, wo die deutsche Arbeitnehmerschaft sieht, daß der deutsche Staatsapparat die kapitalistische Bonzokratie stützt und fördert und die in Jahrzehnten erkämpften wirtschaftlichen Rechte

der

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 1

der Arbeiter vor die Hunde gehen. Wir hoffen, daß das Saargebiet von diesem sozialen und kulturellen Rückschritt verschont bleibt und werden als Freiheitsfront mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu kämpfen wissen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lieser !

Abg. Lieser (SP): Meine Dame und meine Herren! Der Vorlage betreffend

Zuständigkeit der Kreispolizeibehörden

stimmen wir zu. Nach der beigegebenen Begründung der Vorlage handelt es sich um eine gesetzliche Verankerung einer bisher schon ohne gesetzliche Handhabe durchgeführten Praxis, die aber durch die Gerichte beanstandet werden mußte. Grundsätzliche Bedenken sind u.E. nicht vorhanden. Gegen die formelle Seite der Verordnung bestehen keine Erinnerungen.

In der Begründung zur Vorlage betreffend

Ergänzung der Verordnung vom 18.11.1933 über Abänderung des preußischen Gesetzes betr. den Forstdiebstahl vom 15.4.1878 des Forststrafgesetzes der Pfalz vom 28.12.1931 sowie des § 370,2 des Strafgesetzbuches

wird den Gemeinden zum Vorwurf gemacht, daß sie in dem einen oder anderen Falle nicht sachlich entscheiden und dadurch die Autorität des anzeigenden Forstbeamten leiden würde. Mit dieser Begründung versucht die Regierungskommission den Gemeinden ein Stück Selbstverwaltungsrecht streitig zu machen und dieses Recht den Gemeindeforstverwaltungen zu übertragen. Obwohl in der gegenwärtigen Zeit die Gemeinden fast ausnahmslos das Selbstverwaltungsrecht in unerhörter Weise,oft gegen große Minderheiten einseitig ausüben und handhaben und somit weite Volkskreise des Rechts berauben, können wir dem Versuch, den Gemeinden das Selbstverwaltungsrecht zu schmälern, die Hand nicht reichen. Da die Gemeindeforstverwaltungen nicht weniger vernazit sind, als die Gemeinden selbst, ändert sich für den Forstfrevler, der aus Not in die Maschen des Forststrafgesetzes gerät, grundsätzlich nichts. Im Gegenteil. Er kommt vom Regen in die Traufe. Wir lehnen deshalb die Vorlage ab.

Der Vorlage betreffend

Heranziehung der Mineralöle zur Umsatzsteuer und Verbrauchssteuer

stimmen wir zu mit dem Vorbehalt, daß in Anlehnung des kommunistischen Antrages die Fahrzeuge zur Beförderung von Arbeitern zu und von der Arbeitsstelle und soweit diese von kleinen Gewerbetreibenden benützt werden, von einer höheren Belastung ausgenommen bleiben.

Zur

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Zur letzten Vorlage betreffend

Ratifizierung der am 23.November 1933 in Rom unterzeichneten internationalen Übereinkommen über den Eisenbahn-,Personen und Gepäckverkehr sowie über Eisenbahnfrachtverkehr

ist auf Anfrage gelegentlich der Kommissionsberatung durch den Regierungsvertreter mitgeteilt worden, daß eine Anderung der in Rom getroffenen Maßnahmen nicht möglich sei und nur eine en bloc-Ratifizierung in Frage komme. Eine weitere Anfrage, ob die Ratifizierung durch das Dritte Reich bereits vorgenommen sei, wurde verneint, da hier die zuständigen Parlamente erst gehört werden müssen. Unwillkürlich kommt man dabei zu der Frage: Ja, gibt es denn so etwas auch noch ? Aber Spaß beiseite, die Herren Reichstagsabgeordneten in Berlin bekommen dadurch sicher Gelegenheit - oder auch nicht-, sich für ihre Reichstagsdiäten etwas abzumühen.

Der Vorlage stimmen wir zu.

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hey!

Abg. Hey (KP): Meine Dame und meine Herren! Die Kommunistische Fraktion des Landesrates erachtet es als ihre vornehmste Aufgabe anläßlich des Tages der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages heute darauf aufmerksam zu machen, daß durch den Versailler Friedensvertrag die Gegensätze der Kapitalisten nicht abgeschwächt, sondern sich ungeheuer gesteigert haben. Und wenn heute die Abgeordneten der Deutschen Front hier gegen den Versailler Vertrag anrennen, so sagen wir ihnen: Meine Herren von der Deutschen Front, Deutschland hatte Gelegenheit einen Friedensvertrag abzuschließen und ich erinnere hierbei an den Friedensvertrag von Brest-Litowsk im Jahre 1917. Bei diesen Friedensverhandlungen war es der deutsche General Hoffmann, der mit der Faust auf den Tisch geschlagen und u.a. erklärt hat: Wir sind die Sieger und wir diktieren! Und wenn heute die Deutsche Front im Landesrat gegen das Versailler Diktat anrennt, so sprechen wir ihr das Recht hierzu ab, weil es die Deutsche Front gewesen ist, die gezeigt hat, wie man Friedensverträge abschließt. Und wir sagen heute: der Arbeiterschaft des Saargebietes! In der Deutschen Front sitzen dieselben Leute, die im Jahre 1914 das Völkermorden mit insceniert haben. Hier sitzen dieselben Leute, welche ein neues, noch größeres Blutbad vorbereiten wie 1914. Wir Kommunisten und unsere kommunistische Internationale habenseit ihrem Bestehen den schärfsten Kampf gegen den Versailler Vertrag geführt und ihn gekennzeichnet als den größten Raubvertrag der Geschichte. Das haben wir getan, meine Herren von der Deutschen Front. Während Sie und Ihre Parteien und abermals Millionen aus den Knochen der Werktätigen herausgesprengt haben. in Ihren Reihen von der Deutschen Front sitzen auch diejenigen, welche die kapitalistische Staatsmacht, die Polizei und die Justiz auf die werktätigen Massen losließen, als sie sich aufbäumten gegen die immer größer werdende Massenverelendung. Sie glauben wohl, die werktätigen Massen haben vergessen, wer dieses imperialistische Massenmorden insceniert hatte. Schuld am Weltkriege waren die internationalen Kapitalisten. Und heute versuchen sie aus dem Blut der von ihnen gemordeten 12 Millionen Proletariersöhne aufs neue Profit für die dunklen Pläne der Röchling, Wolff und Konsorten herauszuschlagen. Wir Kommunisten gedenken heute mit Trauer, Schmerz und Wut, aber auch mit Haß gegen die deutschen Kriegstreiber der 12 Millionen Proletarier aller Länder, die nicht im Kampfe um ihre eigene Befreiung gefallen sind, sondern die 4 Jahre lang unter unsagbaren Opfern für die Profite des kapitalistischen Systems verbluteten.

Die Proletarier aller Länder und wir Saararbeiter mit ihnen, haben gelernt, und wir verfolgen aufs aufmerksamste die Vorbereitungen für ein neues Kriegsgemetzel.

Wir verfolgen mit größter Aufmerksamkeit die verbrecherische Abenteurerpolitik der Hitlerregierung, die heute als Hauptkriegstreiber ein Bündnis mit den japanischen Imperialisten den konterrevolutionären Interventionskampf gegen die Sowjetunion verbreitet. Hütet Euch ! Am 24.August werden in allen kapitalistischen Ländern Millionen roter Soldaten sich bereitfinden für den Schutz und die Verteidigung der Sowjet-Union, und zum Sturz der eigenen kriegshetzerischen Bourgeoisie für die Errichtung der Rätemacht aufstehen.

Das

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4 I

Das Saargebiet ist zu einem der Hauptkriegsherde des kommenden imperialistischen Krieges geworden. Hitlers Kriegspolitik ist es, die das Saarvolk in die kommende Katastrophe des neuen imperialistischen Gemetzels führen soll. Gibt es einen besseren Beweis für diese Feststellung als die Genfer Verhandlungen? Dort vollzieht sich vor unser aller Augen der Streit der imperialistischen Mächte um das Saargebiet, während das Saarvolk selbst gegen die Imperialisten deutscher und französischer Schattierung, um sein volles uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht kämpft.

Ihr Führer Hitler ist es, der jahrelang das Zwangsdiktat von Versailles als einen Fetzen Papier bezeichnete, den er 24 Stunden nach seinem Machtantritt zerfetzen werde. Hitler ist seit fast eineinhalb Jahren durch den Kriegsfeldmarschall Hindenburg, der Kandidat der SPD, berufen. Den Versailler Vertrag hat er anerkannt. Das hat auch das Ergebnis der letzten Genfer Tagung, auf welcher der Abstimmungstermin festgelegt wurde, erneut gezeigt. Der "stolze Kämpfer" gegen Versailles unterwarf sich allen ihm von den ausländischen imperialistischen Mächten diktierten Bedingungen. Das Ergebnis von Genf ist ein eklatantes Eingeständnis der Schwierigkeiten, in denen sich die Hitlerregierung innen-und außenpolitisch befindet. Das Ergebnis von Genf ähnelt haarscharf den Konzessionen, die vor Hitler Stresemann in Genf den ausländischen Imperialisten gemacht hat. Sie, von der Deutschen Front, wie hätten Sie gewettert, wenn wir heute noch im Jahre 1928 lebten und ein bürgerlicher Politiker mit einem derart jammervollen und schmachvollen Ergebnis zurückgekommen wäre. Ihre ganze Pressemeute wäre ein Widerhall von Schreien gegen die Judenrepublik, gegen den nationalen Verrat und die Landesverräter gewesen. Und heute hat sich die braune Diktatur, hat sich Hitler zur Weiterführung dieser Politik bekannt und den nationalen und sozialen Hochverrat zum Banner erhoben. Wir Kommunisten haben noch die Festsetzung der Zwangsabstimmung, die ein Produkt des Versailler Zwangsdiktats ist, die von der französischen wie von der deutschen Regierung anerkannt wird, klar und revolutionär geantwortet. Die nüchterne Einschätzung der Klassenkräfte des Saarproletariats, das Vorhandensein der drei starren, vom Versailler Diktat diktierten Varianten der Stimmabgabe, die Tatsache, daß die Lagerung der Klassenkräfte uns noch nicht erlaubt, den Kampf um die proletarische Diktatur zu beginnen, veranlaßt uns Kommunisten bei unbeirrtem Festhalten an dem Ziele der Aufrichtung eines roten Saargebietes in Rätedeutschland, den Werktätigen der Saar vorzuschlagen, von den drei zur Abstimmung stehenden Varianten für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes an der Saar zu stimmen.

Wir werden den Kampf gegen den Anschluß an Hitlerdeutschland bis auf's Messer führen.

(Zwischenruf des Abg. Schmelzer(DF)!)

Wir Kommunisten haben Ihr Geheul ,das nur Eure eigene Schwäche zeigt, wir seien Separatisten, erwartet. Wir Kommunisten haben es nicht notwendig, uns gegen einen derart schuftigen Vorwurf zu verteidigen. Wo waret Ihr deutschen Helden als die revolutionären Arbeiter des Saargebietes in den Jahren 1918-19 und 1920 entscheidend gekämpft haben gegen die Annektionsbestrebungen des französischen Imperialismus. In der gesamten Deutschen Front hier im Landesrat sitzt nicht ein einziger, der es wagen könnte, für sich das Recht in Anspruch zu nehmen, damals gegen den französischen Imperialismus gekämpft zu haben.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 I

Damals kannte man keinen Schmelzer, keinen Kiefer, keinen Levacher und keinen Becker. Wer war es gewesen, der in den damaligen Jahren von der französischen Besatzungsbehörde des Landes verwiesen wurde. 95 % aller Ausgewiesenen waren Anhänger der revolutionären Arbeiterbewegung. Alle diese Ausgewiesenen stehen heute noch als geschichtlicher Beweis dafür, daß es gerade die Kommunisten gewesen sind, die im vordersten Graben kämpften gegen Separatismus und Annektionismus. Wäre es auf die Zentrumspartei angekommen, das Schicksal des Saargebietes wäre bereits in den Jahren 1918 - 1919 entschieden gewesen und zwar zu Gunsten Frankreichs. Wer war es gewesen, wer in dem Jahre 1923 im linksrheinischen Gebiet mit der Waffe in der Hand den Separatismus entscheidend schlug ? Niemand anderes als die heute von Ihnen bezeichneten Separatisten. Die Geschichte ist ein zu gewaltiger Zeuge dafür, daß die Kommunisten bis jetzt die größten und gewaltigsten Gegner des Separatismus gewesen sind, und damit richtet sich ihre schamlose Bezeichnung, wir seien Separatisten, von selbst.

Was war für uns als Kommunisten maßgebend für unsere jetzige Stellungnahme: Hitler ist es, der die Rückkehr des Saargebietes von Deutschland verhindert. Wir Kommunisten lassen uns einzig und allein von der Verteidigung der Interessen aller Werktätigen an der Saar diktieren. Und jetzt fragen wir Euch, Ihr angeblich guten Deutschen,Hitler der Henker Deutschlands, köpft nur Arbeiter aber keine Kapitalisten. 47 ehrliche brave Proletarier fielen dem braunen Henkerbeil bis jetzt zum Opfer. Die verbrecherische Abenteurerpolitik der Hitlerregierung führt das deutsche Volk in eine Katastrophe unabsehbaren Ausmaßes. Die Inflation steht vor der Tür, die Golddeckung der Mark ist fast auf dem Nullpunkte angelangt, der Export ist ruiniert, die Arbeiter in Deutschland haben Euch bereits unter Führung unserer heldenhaft illegal kämpfenden Kommunistischen Partei und ihres bolschewistischen Zentralkomitees mit ihrem Führer Ernst Thälmann an der Spitze, ihre erste Antwort bei den Vertrauensrätewahlen erteilt. Warum verschweigt die Deutsche Frontprsse das Ergebnis dieser Wahlen ? Weil es große und mächtige Kampfaktionen der Arbeiterklasse ankündigt. Die deutsche Arbeiterklasse steht Eurer braunen Diktatur gegen die sie in den Betrieben zu 80% gestimmt hat in unversöhnlicher Todfeindschaft gegenüber. Ihr fürchtet und haßt die Arbeiterklasse wie die Pest, weil Ihr wißt, daß sie Hitler stürzt und blutige Abrechnung mit allen Kapitalsknechten halten wird. Lest die Reden Eurer eigenen Führer,in denen Ihr gezwungen seid, den Bankrott Eurer Versprechungen an das werktätige Volk zuzugeben.

Und jetzt, Ihr sagt immer, Ihr seid Deutsche. Das Wort "deutsch", mit dem Ihr die Köpfe der Werktätigen zu vernebeln versucht, für Euch ist es nichts weiter als eine schamlose Kulisse, mit deren Hilfe Ihr die Grubenarbeiter vom Kampf gegen die französischen Grubenkapitalisten, die ihre Arbeiter nicht minder grausam ausbeuten wie Ihr, abhält. Das nennt Ihr deutsch. Die eigenen werktätigen Volksgenossen bis auf's Blut auszupressen. Allein 48 Millionen Franken Reingewinn hat der 150 % ige Profitpatriot, Kriegsgewinnler und Führer der Deutschen Front, Hermann Röchling, aus den Knochen seiner deutschen Volksgenossen im letzten Jahr herauspreßt. Das ist wohl nach Ihrer Auffassung das Deutschtum in höchster Potenz. Die Armen sollen hungern und opfern, damit die Reichen schlemmen und prassen können. Die Totengräber des deutschen Volkes in Berlin

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

glaubten in dem sie den besten Deutschen die Köpfe abschlugen oder in's Konzentrationslager schickten, den Marxismus, Leninismus, vernichten zu können. Jawohl, die, die Ihr geköpft habt, waren die besten Deutschen, denn sie sind wahrhaft die einzigen, die den Kampf für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes führten. Euere Hitler, Göring, Goebbels, Euere deutschen Kapitalisten und Finanzmagnaten hausen gegen das deutsche Volk schlimmer als in Feindesland. Im Zeichen Eurer Phrasen "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" plündert Ihr die Taschen des werktätigen Volkes, sichert Ihr die Riesenprofite der Kapitalisten, treibt Ihr die Massen in verstärkte Not und Elend, ruiniert Ihr den Mittelstand, das kleine und mittlere Bauerntum und Ihr verlangt von den Massen, sie sollen ihre eigenen Henker unterstützen. Niemals werden wir uns dazu hergeben, die Werktätigen an der Saar diesem System auszuliefern, weil wir unsere deutsche Saarheimat lieben, weil wir Deutschland lieben, weil wir allein die Interessen desdeutschen saarwerktätogen Volkes verteidigen organisieren wir den revolutionären Massenkampf. Weil wir verhindern wollen, daß die deutsche Jugend für die imperialistischen Wahnsinnspläne verbluten, kämpfen wir gegen den Anschluß an Hitlerdeutschland. Weil wir den deutschen Arbeiter in Hütten und Gruben vor der noch grausameren gesteigerten Ausbeutung schützen wollen, kämpfen wir mit ihm gegen den Anschluß an die braune Kapitalsdiktatur. Weil wir den werktätigen Mittelständler, den Kleinbauer vor dem völligen Ruin retten wollen, rufen wir ihnen zu, kämpft mit uns gegen die Vernichtung Euerer Existenz. Bis jetzt haben die Deutsche Front- Bonzen große Teile der werktätigen Bevölkerung terrorisiert und eingeschüchtert. Aber, Ihr könnt nicht verhindern, daß heute schon eine Massenflucht aus der Deutschen Front eingesetzt hat. Die Korruptionserscheinungen stinken zum Himmel, wir werden verhindern, daß der braune Korruptionskampf sich hier bei uns an der Saar ausbreitet. Die Massen der christlichen Arbeiter, die durch die Bonzen der christlichen Gewerkschaften gegen ihren Willen gleichgeschaltet würden, rebellieren bereits ganz offen und haben zum Ausdruck ihrer antifaschistischen Gesinnung auf einer Metallarbeiterkonferenz zwei alte deutsche Frontblüten mit ihren Proletenfäusten an die frische Luft gesetzt. Bis jetzt hieß es gleishschalten, von nun ab heißt es einschalten auf die kämpfende antifaschistische Einheitsfront. Im Gegensatz zur Führung der Sozialdemokratie, die nach dem Zusammenbruch der von ihr in Genf gesetzten Hoffnungen nur alles Heil vom Stimmzettel zur unmittelbaren und konkreten Kampfaktion für höhere Löhne und wehrhaften Massenselbstschutz gegen den Deutsche Front-Terror. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie ist die Abstimmung, von der heute noch kein Mensch weiß, ob sie überhaupt stattfindet, für uns keine Angelegenheit einer rein parlamentarischen Aktion, sondern darauf weisen wir unsere sozialdemokratischen Klassengenossen, gegen die wir niemals einen Bruderkampf führten, immer wieder hin, nichts weiter ist als der Boden zur Entfaltung der Klassenkraft des Proletariats zu außerparlamentarischen Kampfaktionen. Nur in einer Kette solcher Aktionen wird der Abstimmungstag, falls er kommen sollte, zu einer vernichtenden Niederlage Hitlers an der Saar werden.

Wir appellieren an alle sozialdemokratischen Arbeiter, freigewerkschaftliche und christliche Arbeiter, vor allem in den Gruben und Arbeiterquartieren, gemeinsamen Kampfkomitees gegen den Anschluß an Hitlerdeutschland zu bilden. Vereinigt

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4
1

Vereinigt Euch auf dem Boden der von der Freiheitsaktion aufgestellten Kampfforderungen, deren erste Forderung nach Vollamnestie wir mit Befriedigung feststellen unter dem gemeinsamen Druck bereits erfüllt wurde. Jetzt Arbeiter, nehmt verstärkt die Einheitsfront für unsere Mindestforderungen auf. Für Aufhebung des Demonstrations-und Versammlungsverbotes. Für höhere Löhne. Für den gemeinschaftlichen Massenselbstschutz gegen Nazi-Terror. Erkämpft die Durchsetzung der von der Kommunistischen Partei heute hier eingereichten Anträge. Gegen den gemeinsamen Todfeind, den gemeinsamen Kampf. Dann werden wir die Sieger von morgen im Kampf um eine rote Saar im Rätedeutschland sein.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

Vorsitzender: Ich erteile Herrn Abgeordneten Hey (KP) wegen ehrenrühriger Verdächtigung eines Mitgliedes des Hauses einen Ordnungsruf.

(Zuruf von Kommunistischer Seite: Warum hat Abgeordneter Hey einen Ordnungsruf erhalten ?)

Ich habe es Ihnen ja gesagt, wegen ehrenrühriger Verdächtigung eines Mitgliedes des Hauses.

(Zuruf des Abg. Becker(DF): Ich bin jederzeit bereit, die Anklage auch auf Sie zu erstrecken, falls Sie es haben wollen.)

(Zuruf der Abg. Herrmann(KP): Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung!)

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Braun !

Abg. Braun (SP): Ich möchte vor dem Zusammentritt und der Arbeit der Abstimmungskommission zunächst im Namen meiner Fraktion auch von dieser Stelle aus der Abstimmungskommission unsere Wünsche unterbreiten, und da kann als Hauptwunsch unseres Teiles der Bevölkerung an die Abstimmungskommission nur der Wunsch in Frage kommen: Wiederherstellung des Zustandes an der Saar, wie er vor der Gleichschaltung gestanden hat. Das betrifft die Verwaltungen, die Exekutive und die Justiz und betrifft insbesondere die Saarkommunen; es betrifft auch die Saarschulen. Es sind heute hier schon eine Reihe von Fällen angeführt worden ,wo die unhaltbaren Verhältnisse innerhalb der Kommunalverwaltungen des Saargebietes gekennzeichnet worden sind, bei denen die gewählten Vertreter eines Teiles der Bevölkerung einfach aus aller Mitarbeit ausgeschaltet werden, entgegen allen freiheitlichen und demokratischen Anschauungen, auf die die Vertreter der sogenannten Deutschen Front sich sonst so gerne berufen. So wird an den deutschen Schulen, in höheren Schulen des Saargebietes ein Geschichtsatlas benutzt, in dem mein Freund Petri und ich als Landesverräter und Separatisten bezeichnet werden. Das geschieht in der Schule des Völkerbundslandes an der Saar. Wir haben also an die Abstimmungskommission vor allen Dingen den einen Wunsch, daß sie den Zustand wieder herstellt, wie er vor der Gleichschaltung bestand und daß sie dazu alle Maßnahmen ergreift, die sie als notwendig erachtet. Dies trifft auch zu in einem Teil der gleichgeschalteten Wirtschaftsbetriebe mit ihrem Druck auf die Arbeitnehmer und auf den gesamten übrigen Terror, Boykott gegen die Geschäftsleute, die beständige Ächtung, Diffamierung und Verleumdung derjenigen Leute an der Saar, die ihre Meinung noch nicht gleichgeschaltet haben. Das ist unser Generalwunsch an die Abstimmungskommission. Wir werden uns gestatten, denselben noch etwas ausführlicher auszuführen.

Heute ist der Tag, an dem in Hitlerdeutschland getrauert werden soll wegen des Versailler Vertrages, die Fahnen sollen mit Trauerflor umhangen werden usw. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß niemals eine größere Geschichtslüge in die Welt gesetzt worden ist, als die Diffamierung jener Sozialdemokraten und jener Zentrumsleute,

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

143

die sich damals entschlossen haben unter dem Druck der Entente ihrem Vaterland das Opfer zu bringen und die Unterschrift unter den Versailler Vertrag zu setzen, Hermann Müller und Bell. Ich kann auch hinzusetzen, daß die Leute, die die Sozialdemokratie und das Zentrum in der stärksten Weise beschimpft haben, heute bereit sind, ganz andere Dinge zu unterzeichnen, als die, die selbst im Versailler Vertrag stehen, daß die Leute, die vom Fetzen Papier gesprochen haben, den man ,wenn man an die Macht käme, zerreißen wolle, noch nicht den Mut aufgebracht haben, ihn zu zerreißen,daß die Kettensprenger bereit sind, ganz andere Ketten um sich legen zu lassen und die durch ihren diplomatischen Abenteurer von Ribbentrop jetzt den französischen Außenminister Barthou fast kniefällig angehalten haben, ihnen einen Weg zu zeigen, auf dem man zu einer Einigung kommen könne,ohne sich innenpolitisch unmöglich zu machen in Deutschland.

Nun zum Saarstatut noch ein paar Worte.

Das Saarstatut war unnötig. Die Sozialdemokratie hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß keinerlei Anlaß vorliegt an der Saar, an der es weder nationale Minderheiten noch ein Sprachenproblem gäbe, und das im Unterschied von anderen Grenzgebieten nicht notwendig habe, seine nationale Zugehörigkeit vor der Welt zu beweisen und dafür einen besonderen Passus im Vertrag einzusetzen. Ich muß hinzusetzen, sie hatten keine Minderheiten. Wenn das System Hitler Minderheiten geschaffen hat, politische und religiöse Minderheiten, dann ist das der Erfolg dieses Hitlerregimes. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß an unserem Deutschtum kein Zweifel bestehe. Wir haben aber auch nie ein Hehl daraus gemacht, daß dieses Deutschtum für uns zugleich bedeutet:Freiheit, Gleichberechtigung aller Staatsbürger und Anerkennung von Wahrheit und Gerechtigkeit, Dinge, zu denen sich Papen in seiner Marburger Rede erneut bekannt hat. Wenn wir den Versailler Vertrag stets abgelehnt haben, und wenn wir uns bemüht haben, eine Befreiungspolitik gemeinsam mit den andern Parteien zu treiben, eine Befreiungspolitik, der die Erfolge nicht versagt geblieben sind, denken Sie daran, daß das Rheinland geräumt wurde, das war ein ungeheurer Erfolg dieser Befreiungspolitik.

Wenn dieser Versailler Vertrag eine nachträgliche Rechtfertigung leider in den Augen nichtdeutscher Chauvinisten gefunden hat, dann durch die Politik und das System, das Hitler betrieben hat. Heute steht Deutschland in der Welt erneut gebrandmarkt da als Friedensstörer, und die Isolierung Deutschlands außenpolitisch ist unvergleichbar mit der Zeit während und nach dem Kriege, und die kann nicht mehr überwunden werden. Deutschland ist die isolierteste Nation in der Welt unter Hitler geworden, die außenpolitisch keinen Freund mehr besitzt, auf den sie sich verlassen kann. Und ich glaube, manche wären froh, wenn wir den Weg wieder gehen könnten, den wir 14 Tage lang gegangen sind zum Wohl unseres Volkes und Vaterlandes. Ich glaube, die Erkenntnis greift langsam in Deutschland um sich. Ich denke, Herr Schmelzer war Anhänger von Stresemann. Wir haben uns nicht gleichgeschaltet, wir sind dieselben Leute geblieben, die wir immer waren. Wir haben gegen die schwarze Schmach im Rheinland gekämpft wie wir es heute tun gegen die braune Schmach im Saargebiet. Wir kennen nur die Politik der Freiheit und der Gleichberechtigung aller Staatsbürger, eine andere Politik kennen wir nicht. Wir haben uns allerdings niemals davon

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 I

davon leiten lassen, daß die Freiheit ein Gut sei, was nur vom Westen her bedroht sei, es gibt auch vom Osten her eine Freiheit, allerdings, die meinen wir nicht. Die Freiheit, die uns die braunen Knechte Hitlers bringen wollen, auf die verzichten wir. Aber ich kann zu der außenpolitischen Situation noch hinzufügen, das Bild der innenpolitischen Lage ist ja nicht anders. Innenpolitisch ist die Lage Deutschlands am besten gekennzeichnet durch die Rede Göbbels gegen die Miesmacher. Es ist mies in Deutschland, und wirtschaftlich steht Deutschland restlos vor dem Bankrott, sozial ist der Kampf so reaktionär, wie er in keiner Zeit gewesen ist, und kulturell ist Deutschland auf dem besten Wege, in die Barbarei zurückzuverfallen. Das sind die Erfolge von Hitlers Machtpolitik und seiner Leute, die politische Ideale, Ziele und die Ehre Deutschlands zu verfechten vorgaben, das alles ist von den Marschstiefeln der SA zertreten worden, und das, was wir Vaterland nennen, hält vielleicht in einem Monat nicht mehr zusammen. Deshalb sagen wir mit aller Deutlichkeit, die Abstimmung an der Saar, die auf Grund eines Saarstatuts vorgenommen wird, über die Zugehörigkeit der Bevölkerung, daß die absolut überflüssig ist. Diese Abstimmung ist kein für oder gegen Deutschland, sondern nur für und gegen Hitler. Infolgedessen ist sie für uns ein Mittel des Kampfes zunächst des heute in Deutschland herrschenden Systems, wobei ich meinem Herrn Vorredner noch etwas sagen muß über Völkerbundspolitik.

Ich habe Freude empfunden, als ich in Genf auch Vertreter der kommunistischen Partei zum ersten Male bei den Völkerbundsversammlungen als Delegierte der saarländischen Arbeiterschaft angetroffen habe. Ich habe diese bessere Einsicht durchaus begrüßt, und ich glaube, ich darf hinzusetzen, zu einer Zeit, wo wir bereits an der Saar konzentriert und von Anfang an die führende Opposition gegen das System drüben aufrecht erhalten haben, gab es noch führende Kommunisten, die den Grundsatz hatten: und wenn man uns aufhängt, gehen wir mit herein. Inzwischen haben sie umgelenkt. Ich für mich, begrüße jede Möglichkeit einer Einheitsfront gegen das Hitlersystem, die sich nicht nur beschränkt auf die Arbeiterschaft, sondern auch auf alle Vertreter der bürgerlichen Schichten. Es geht um Deutschlands Existenz und Zukunft oder um den Verfall. Ich bin für jede andere Art der Einheitsfront, die sich bietet, um mit der Rettung der Saar zugleich ein Stück beizutragen zur Rettung unseres Vaterlandes. Und ich glaube, die Zeit ist nicht mehr allzufern, wo diese Politik, die an der Saar von seiten der Deutschen Front und der Presse den schwersten Diffamierungen, Achtungen und Verleumdungen ausgesetzt ist, von den Leuten als wahr anerkannt wird, die seither Werkzeuge eines Systems waren, das zum Untergang Deutschlands führen muß.

(Zuruf des Abg. Schmelzer(DF): Herr Braun, Sie haben sich händeringend an uns gewandt, wir möchten die Rede Ihres Parteifreundes Schneider über die Domanialschulen unter den Tisch fallen lassen; sie solle in keiner Zeitung erscheinen.)

Herrn Schmelzer verläßt das Gedächtnis. Ich stelle fest: Herr Schneider hat die Rede gehalten, und ich war Pressevertreter. Nach dieser Rede sind Vertreter der heutigen Deutschen Front und der Presse zu mir gekommen und haben gesagt: Hören Sie, diese Rede kann man nach zwei Seiten auffassen; wenn sie so herausgeht, wie Schneider sie gehalten hat, könnte sie als

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

als eine Verteidigung der französischen Domanialschulen aufgefaßt werden. Sie sind selbst an mich herangetreten.

(Zuruf des Abg. Schmelzer(DF): Das ist mir niemals eingefallen.)

Ich habe im Einverständnis mit Bernhard Schneider Ihnen den Vorschlag gemacht, wir sind bereit, auf die Veröffentlichung zu verzichten und die Haltung zu den Domanialschulen in einem besonderen Artikel genau zu präzisieren.

Zur Frankfurter Rede: Ich habe die Aktenstücke noch zu Hause. Der Frankfurter Saarverein hat an mich geschrieben, ich möchte in Frankfurt bei der Kundgebung eine Rede zum Saarproblem halten. Ich habe damals zum Saarproblem die gleichen Ausführungen gemacht, die ich mehrfach schriftlich niedergelegt habe und die in einigen Werken stehen. Meine Rede habe ich noch im Stenogramm und sie ist damals veröffentlicht worden in der Frankfurter Volksstimme. Und von Gedrängtwerden kann keine Rede sein, mein Bedarf war so gut gedeckt, daß ich mich nicht zu dem Frankfurter Saarverein zu drängen brauchte. Der Saarverein hatte mich gebeten, seine Politik zu unterstützen, er hat mich verschiedentlich aufgefordert, in der Versammlung zu sprechen, wegen Pinke-Pinke! Es war kein geringerer als der Leiter des Saarvereins in Berlin, der mir persönlich erklärte: Herr Braun, wer jemals die Frechheit haben sollte, Ihre Zuverlässigkeit anzuzweifeln, der bekommt es mit dem ganzen Saarverein zu tun. Das war Direktor Vogel, der mir das erklärte im Beisein von zwei Zeugen. Sie bekommen für ihre Rede 600.- Franken. Dieser Satz wurde mir mit Zustimmung Ihrer Parteifreunde beschlossen und ist an alle Herren ausgezahlt worden. Vor mir hat geredet der Vertreter der liberalen Volkspartei, der Bibliothekar Waas, der Herr Mejer und ich. Nachdem Ihre Leute vorangegangen waren, war es bei uns das gleiche. Der Herr Waas hat seine erste Verfassungsrede im Rathaus gehalten und hat dafür 600 Franken bekommen, dann Meyer, hat dasselbe bekommen, und dann ich, ich habe dasselbe bekommen. Er war liberale Volkspartei, wie er selbst erklärt hat. Ich weiß, daß Ihnen unsere Leute unbequem werden, Herr Schmelzer!

Ich will noch einiges zu Herrn Schmelzer sagen über die Verhältnisse in Deutschland. Er meint, er weiß nicht genau, ob das so ist, da müßte man drüber trauern. Mit dem Trauern allein ist es nicht getan. Daß uns die Verhältnisse in Deutschland unangenehm sind, dafür haben wir Beweise genug geliefert, daß man dafür aber auch kämpfen muß, daß man nachher auch die Courage haben muß, gerade zu stehen, ein Mann zu sein und nicht gleich zu heulen, das gehört dazu. Sie haben das System verschuldet, indem Sie Ihre alte Überzeugung aufgegeben haben, und Sie brauchen heute nicht zu trauern darüber, daß die Mark kaputt geht, daß die Wirtschaft kaputt geht.

Herr Schmelzer hat noch die Veröffentlichung von Schäfer und Kern angezogen. Ich könnte darüber sehr vieles sagen, aber wenn Sie die Volksstimme lesen, werden Sie das Nötige, was Sie wissen müssen, bereits erfahren haben. Und was die Leute selbst anbetrifft, das machen wir mit ihnen ab.

(Zuruf: Wie ist es mit Klopfer ?)

Das wissen Sie doch, das ist doch vollkommen klar.

Ich will noch ein Wort sagen zu der Entstellung des Herrn Schmelzer bezüglich des Polizeisekretärs Ritzel. Ich stelle fest, daß Ritzel niemals an einer Gesellschafterversamm-

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Gesellschafterversammlung der Volksstimme teilgenommen hat, und wenn es so drin steht, wie Herr Schäfer in der Kundgebung schreibt, so sagt Herr Schäfer nicht die Wahrheit. Dafür sind alle Zeuge, die damals in der Gesellschaftersitzung da waren, daß Herr Ritzel nicht dabei war. Im übrigen, wir jammern nicht, nein, wir waren nur bisher der Auffassung, daß die Methode, mit der deutsche Politik gemacht werden soll, nicht mit dem Gummiknüppel oder mit dem Revolver, mit dem Dolch im Gürtel diktiert werden soll. Aber fahren Sie nur so fort in diesen Tönen von Jammern, dann können Sie erleben, daß auf der anderen Seite, wenn der Umschwung kommt, die Dinge hundert Mal so schlimm aussehen werden, wie Sie denken.

Sie haben dann noch von dem parfümierten und eleganten Vertreter des Proletariats gesprochen. Ich bin ja diesen Ton gewöhnt. Ich nehme mir das Recht genau so gut wie Sie, mich mit Seife zu waschen und mich sauber zu kleiden. Ich habe schon einmal festgestellt, wenn jemand auf die Kleidung außerordentlichen Wert gelegt hat, dann waren Sie es Herr Schmelzer. In einer Gesellschaft, die einst zu Ehren des Pariser Botschafters bei der Reichsregierung gegeben wurde, habe ich herausgefunden, daß der Mann, der am peinlichsten auf die Formvorschriften, Eleganz, Rücksicht nahm, Herr Schmelzer war. Wenn die anderen im Straßenanzug erschinen, kamen Sie im Smoking oder im Frack. Das ist der große Unterschied. Sie ärgern sich nur darüber, daß nicht alle Sozialdemokraten heute noch mit dem roten Halstuch oder mit dem Messer im Gürtel herumlaufen. Ich habe es Ihnen bei verschiedenen Gelegenheiten schon gesagt, ich habe mich oft gefreut, wie aus dem Ei gepellt standen Sie da, sahen ganz gut aus und haben, wie gesagt, keine schlechte Figur gemacht. Ich nehme an, daß ich auch keine schlechte Figur neben Ihnen gemacht habe.

Herr Schmelzer hat zum Schluß behauptet: Der Weltfriede verlange die Rückgabe des Saargebietes. Ich muß Herrn Schmelzer erinnern an die Worte des Staatsrats Simon am Vorabend der Niederwaldkundgebung im August vorigen Jahres: Das Saargebiet ist das Sprungbrett nach Elsaß-Lothringen, alles, was deutsch war und die deutsche Zunge spricht, müsse wieder deutsch werden, Metz, Mülhausen, Straßburg. So sieht der Weltfriede aus nach Hitler, der gerne sehen würde, wenn das Saargebiet dem kriegerischen Faschismus ausgeliefert würde.

(Zurufe: Was ist mit Grumbach ?)

Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, daß Sie Grumbach das Wasser nicht reichen können, weil Grumbach mehr Verstand in seinem kleinen Finger hat als Sie je in Ihrem großen Kopf besessen haben. Sagen Sie es ihm doch persönlich, er ist in Paris oder in Mülhausen, der wird Ihnen gerne das Wort geben. Der Herr Grumbach hat eine saubere Weste an wie Sie.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ich kann nichts dafür, wenn Herr Schmelzer noch neben mir eine Rede hält.

Ich möchte noch eins sagen. Es dient dem Weltfrieden nicht, aber ich schließe mich in einem Punkt Herrn Schmelzer an, wenn er sich auf den 13. Januar freut,. Auch wir warten auf den Moment, an dem wir dem System, das an Deutschlands Untergang, an der Katastrophe Deutschlands, an Deutschlands außen-

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

außenpolitischer Isolierung, den innerpolitischen Niedergang, schuld ist,mit unserem Stimmzettel den verdienten Schlag geben können, der dazu beiträgt, daß dieses System in sich selbst zusammenbricht.

Der Herr Schmelzer sagte, ich hätte alles getan,um den Abstimmungstermin zu verschieben. Wenn man allein vom national-politischen Gesichtspunkt des Deutschen aus hier Politik machen wollte, könnte man beinahe zu der Auffassung kommen, wenn der Patriotismus stärker wäre, als das Parteiprestige, daß dem Saargebiet nichts glücklicheres hätte passieren können, als die Verschiebung der Abstimmung um 5 Jahre, bei der dann die Mehrheit restlos vorhanden gewesen wäre, die heute noch nicht da ist. Es wird eine kleine Mehrheit geben und eine große Minderheit, und ich glaube, daß die kleine Mehrheit bei uns sein wird. Kleine Mehrheit, große Minderheit. Wenn Sie vom national politischen Standpunkt ausgehen, werden Sie mir Recht geben müssen, daß es für das deutsche Interesse vom nationalpolitischen Standpunkt aus gesehen unbedingt besser wäre, die Abstimmung fände 1940 statt und hätten dann die 90 %, von denen Sie heute immer schreien, ohne selbst daran zu glauben, an die Sie genau so wenig glauben, wie an die 150 000 Saarfranzosen.Wenn Sie etwas über die Partei wegsehen können und einen Blick tun können, was Sie nicht können, was Ihnen Stresemann bescheinigt hat, dann dürfte es reichen zu diesen Versuchen.

Wir nehmen den Kampf auf und wir werden ihn bestehen.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer (DF): Meine Dame und meine Herren! Die beiden Vorredner sind eingegangen auf den heutigen Gedenktag, den 28.Juni, an dem vor 15 Jahren das Diktat von Versailles unterzeichnet wurde. Es war interessant, die Färbungen dieses Gedankens festzustellen. Auch der Sprecher der sozialdemokratischen Partei hat nicht etwa diesen Tag als einen Trauertag zu bezeichnen gewagt, in seiner glattzüngigen Dialektik geht er darüber hinweg. Das hätte er tun müssen. Aber wir sind das gewohnt. Der 28.Juni ist ein Trauertag. Aber ich stehe nicht an, zu erklären : Dieser 28.Juni hat im weiteren Verlauf der Geschichte, wie so oft das Böse, auch Gutes gebracht, denn durch diesen 28.Juni und seine Nachwirkungen sind doch im Deutschen Reich wieder Dinge groß geworden, die abseits stehen von der Rechnung in Mark und Pfennig, und es sind wieder Werte zur Geltung gekommen, die vielleicht ohne diesen Schicksalsschlag der Geschichte unmöglich gewesen wären.

(Zuruf des Abg. Sommer (KP)!

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Sommer, ich rufe Sie zur Ordnung, auch weil Sie, obwohl ich Ihnen dies schon wiederholt zu verstehen gegeben habe, das Rauchen nicht unterlassen können.

Abg. Schmelzer fortfahrend: Der kommunistische Vertreter hat behauptet, daß die Kommunistische Partei und ihre Fraktion von Anfang an diesem Versailler Diktat den schärfsten Kampf angesagt und auch geführt hätten. Das ist richtig. Nur waren es andere Führer der Kommunistischen Partei als diejenigen, die heute vorgeben, sie seien Führer dieser Kommunisten im Landesrat. Das waren Reinhard und seine Freunde, die in all den Jahren immer wieder für ihr Deutschtum eingetreten sind. Sie haben auch diese Linie konsequent durchgeführt bis auf den heutigen Tag. Auch hat es mich angenehm berührt, wenn der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion darauf aufmerksam machte, daß diese konsequente Linie des Deutschtums auch heute noch in der Kommunistischen Partei vertreten wird. Die Stimmen kommen ja nicht so zur Geltung, wie diejenigen, die hier sitzen.

(Zuruf des Abg. Braun(SP): Sie haben es nicht richtig kapiert!)

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Bei Ihnen reicht es nicht!)

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Hey, Sie haben schon zwei Ordnungsrufe und ich mache Sie auf die Folgen des dritten Ordnungsrufes aufmerksam!

Abg. Schmelzer(DF) fortfahrend: Die Kommunistische Partei in ihrer Mehrheit wird diese Linie verfolgen bis zum Abstimmungstag. Und Sie werden sehen, daß Sie mit einigen Wenigen allein auf weiter Flur stehen.

Der Vorredner der Kommunistischen Fraktion hat auch

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

auch in diesem Zusammenhang gesagt: Bloß, weil wir Deutschland lieben, sind wir für eine Rückgliederung.

(Zuruf der Kommunisten: Gegen eine Rückgliederung!)

Er hat dabei ganz übersehen, daß das Eintreten für den status quo ja doch nur ein Eintreten für das Versailler Diktat ist, denn, wenn er den Kampf gegen das Versailler Diktat so folgerichtig durchführt, wie er es in der Vergangenheit getan hat, so muß es selbstverständlich sein, daß er, wie seine vielen Parteigenossen, sich für Rückkehr zu einem Deutschland in jeder staatlichen Form ausspricht. Das ist früher ausgesprochen worden von alten aufrechten Kommunisten und aufrechten Sozialdemokraten. Es muß allerdings festgestellt werden, daß auch in der Sozialdemokratischen Partei es schon früher Leute gegeben hat, die hier einen Vorbehalt machten. Vielleicht liest das Herr Braun in seinen alten Bänden seiner Zeitung nach.

(Zuruf des Abg. Detjen(KP): Lesen Sie doch einmal in der Saarbrücker Zeitung nach, wo Sie Aktionär sind!)

Jedenfalls, wenn Sie den Versailler Vertrag bekämpfen, wenn Sie ihn bekämpfen wollen, dann müssen Sie auch die Schlußfolgerung ziehen, die von der gesamten deutschen Bevölkerung des Saargebietes gezogen wurde, nämlich: Zurück zu Deutschland ohne Vorbehalt. Zurück zu Deutschland, gleichgültig unter welcher Herrschaft es steht.

Im übrigen, was ist Großes übriggeblieben vom Versailler Vertrag ? Er ist preisgegeben von seinen Verfassern und den letzten Todesstoß wird er erhalten am 13.Januar des kommenden Jahres.

Es ist dann darauf hingewiesen worden, daß die Amnestie richtig sei. Wir haben ja auch zugestimmt, und es sind Hoffnungen ausgesprochen worden, die sich auch an die Abstimmungskommission richten. Die Regierungskommission ist ja bisher der Linken sehr weit entgegengekommen. Wenn die Wünsche der marxistischen Parteien noch weiter gehen als sie bisjetzt an die Regierungskommission gerichtet wurden, so deshalb,weil die Abstimmungskommission nicht zuständig ist für diese Dinge. Da wird sich die Abstimmungskommission also nicht darum kümmern.

Wir empfangen die Abstimmungskommission mit absoluter Neutralität. Wir sind weder bereit, den Mitgliedern der Abstimmungskommission Vorschußlorbeeren zu spenden noch vielleicht sie ungünstig beurteilen. Das liegt uns fern. Wir verlangen ja auch nur, daß sie korrekt ist, daß sie unparteiisch ist. Was darüber zu sagen ist, haben wir wiederholt ausgeführt.

Dann hat der Sprecher der Sozialdemokratischen Partei zum Separatismus aufgefordert. Er hat das Wort nicht ausgesprochen, aber es ist doch Separatismus, was hier im Saargebiet vor sich geht, wenn für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes Propaganda gemacht wird. Er hat behauptet, das sei die Folge des jetzigen Systems in Deutschland. Er erinnert sich vielleicht daran, daß er händeringend sämtliche Vertreter gebeten hat, doch die uns nahestehenden Zeitungen zu beeinflussen, daß sie die Rede seines Parteifreundes Schneider,der für die Domanialschulen eingetreten ist, nicht bringen sollen. Er hat gebeten, man möge die Rede unter den Tisch fallen lassen. Es ist nicht so, daß dieser Separatismus hervorgerufen

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

worden wäre durch irgendwelche Vorgänge im Deutschen Reich oder im Saargebiet, sondern er bestand in gewissem Grade schon früher genau so wie jetzt, aber von den gleichen Leuten wurde er kaschiert. Aber als Braun uns angefragt hat, man möge doch die Rede seines Parteifreundes unterdrücken, hat er sich als Gegenleistung sofort in Frankfurt zu einer Saarrede gemeldet, von der kein Wort in der Volksstimme stand. So hat er es verstanden seine wahre Gesinnung zu verbergen, bis zu einer Zeit, wo Farbe bekannt werden muß. Jetzt muß Farbe bekannt werden. Und jetzt hat er sich unter dem Druck der Verhältnisse auch entschieden für eine Linie, die nur wenige Anhänger hat.

(Zuruf der Sozialdemokraten: Die Demonstration am Montag hat etwas anderes erwiesen.)

Das hat mit Ihrem Festzug nichts zu tun, auf den werde ich noch zu sprechen kommen. Das Häuflein Ihrer Anhänger wird ganz anders aussehen. Aber dann sind Sie nicht mehr im Lande, dann haben Sie die Dummen zurückgelassen.

Es ist auch sehr bezeichnend, wenn jemand auf die Verhältnisse in Deutschland zu sprechen kommt- ob die Verhältnisse in Deutschland mies sind oder weniger mies, darauf will ich nicht eingehen.

(Zuruf der Kommunisten: Für Sie sind sie nicht mies!)

Es ist sehr bezeichnend, wie man derartige Dinge behandelt. Unterstellen wir einmal, es wäre so. Ja, meine Herren, dann erinnern Sie sich einmal, wie wir, die wie hier in der Deutschen Front vereinigt sind, als es in Deutschland wirklich mies war, nämlich in der Infaltionszeit im Jahre 1923 uns benommen haben. Sind wir da im Saargebiet aufgetreten und haben mit Wohlgefallen auf die Dinge in Deutschland hingewiesen? Nein, wir haben das nicht getan als es im deutschen Vaterland schlecht ging.

(Zuruf aus der Kommunistischen Fraktion: Warum geht es jetzt in Deutschland schlecht? Weil die Kapitalisten gut leben!)

Der Festzug der zehntausend Menschen, die angeblich für die deutsche Freiheit demonstrierten

(Zuruf aus der Kommunistischen Fraktion: Sagen Sie das einmal zu den Arbeitern. Die würden Ihnen etwas anderes erzählen!)

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Das zeigt das tiefe Niveau, auf dem Sie stehen, und Sie wollen Akademiker sein!)

Ich habe es über die Volksschule nicht hinausgebracht.

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Aber zum Millionär haben Sie es gebracht!)

Der Festzug von zehntausend Menschen, der sich angeblich für die marxistische Freiheit erklärt hat. Zunächst einmal, muß es doch außerordentlich erstaunlich sein, wenn die Regierungskommission für einen derartigen Zweck, der ja rein politischer Natur war,- man konnte das in der Volksstimme lesen- der nicht einmal allein aus sozialdemokratischen Anhängern zusammengesetzt

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

war, denn ich glaube nicht, daß die sozialdemokratischen Anhänger "Heil Moskau" rufen, "Es lebe die Weltrevolution" und dergleichen Dinge mehr. Also müssen auch andere dabei gewesen sein. Es ist erstaunlich, daß die Genehmigung zu diesem politischen Umzug erteilt worden ist. Es wird vielleicht darauf hingewiesen werden, daß es ein Empfang von Sportlern war, wie für den Fußballspieler Cohnen. Soweit ich unterrichtet bin, ist Cohnen im Fußballsport eine Kanone und es ist da nur natürlich, daß sich Freunde zu seinem Empfang einfinden. Aber, was hätten Sie gesagt, wenn der Empfang des Fußballspielers Cohnen von der Deutschen Front aufgezogen worden wäre? Da wäre die Volksstimme nicht groß genug gewesen, sie hätte eine Beilage haben müssen, um diesen Terror genügend zu kennzeichnen. Es war also eine politische Aktion, wenn die Sportler in Saarbrücken empfangen worden sind und die Volksstimme hat mit großer Freude festgestellt, daß der Empfang durch "zehntausend" ein ungeheurer Erfolg bedeute. Ja, meine Herren, was glauben Sie denn, wenn die Deutsche Front zu einer Demonstration aufrufen würde, da wären es nicht zehntausend, sondern hunderttausende, die dieser Aufforderung Folge leisten würden. Wir haben die Probe auf's Exempel im Jahre 1925 gehabt anläßlich der Jahrtausendfeier. Da war dem jetzigen Führer der Sozialdemokratischen Partei diese Demonstration

(Zuruf des Abg. Petri(SP): Den Reptilienfonds haben wir nicht!)

Das tut Ihnen sehr leid, daß Sie ihn verloren haben.

Jedenfalls haben wir damals ja die Probe auf's Exempel gemacht. Von seiten der Sozialdemokratischen Partei war aufgerufen worden zu einer Sonderfeier. Die hat stattgefunden unter der Beteiligung von 100 Personen im Ludwigspark. Ich erinnere Sie daran. Die Kundgebung hat den Eindruck gemacht, als ob sie von der Polizei gut vorbereitet gewesen sei.

Es hätte sehr gut gepaßt, wenn man die Bekanntmachung des Ministerialdirektors Schäfer, des früheren Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei und eines Herrn Kern, der sich ja auch geäußert hatte, wenn man die durch öffentlichen Anschlag bekanntgegeben hätte. Man brauchte kein Wort hinzuzusetzen.

Im übrigen ist es außerordentlich merkwürdig, daß Zeitungen im Saargebiet in der Lage sind, unter Nennung von Aktenzeichen Material in die Presse zu bringen, dessen Inhalt streng vertraulich ist. Ich fragte mich, wie das möglich ist, und da kommt die Kundgebung des Herrn Schäfer sehr zur rechten Zeit. Durch diese Bekanntmachung wird es klar, daß der in der Kriminalpolizei beschäftigte Emigrant Ritzel nicht die Neutralität wahrt, zu der er verpflichtet ist und der Herr Knox müßte sich doch diese Kundmachung des Herrn Schäfer näher ansehen und er müßte ein Disziplinarverfahren gegen ihn einleiten lassen, denn Herr Schäfer behauptet nicht mehr und nicht weniger, als daß dieser Emigrant Ritzel, der nicht abstimmungsberechtigt ist, der verpflichtet ist, als Beamter neutral zu sein, der Volksstimme Material stellt. Jetzt wissen wir ungefähr, woher die Diskretionen kommen und wir fordern Herrn Knox auf, hier genau so zu verfahren, wie er es in anderen Fällen getan hat.

(Zuruf von links: Verlangt Ihr sie auch drüben im Reich?)

In der „Volksstimme" findet man jeden Tag 20 bis 30 Denunziationen der gemeinsten Art.

Nun will ich den beiden Brüdern von der Linken noch

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

152

noch sagen, daß aus der Einheitsfront nichts werden kann. Denn in allen Dingen sind sie ja nicht unter einen Hut zu bringen. Der Kommunist sagt: Die Wahlen müssen stattfinden! Der Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion sagt "Nein," die Wahlen sollen nicht stattfinden.

(Zuruf aus der Komm.Fraktion: Wollen Sie damit sagen, daß die Proleten bei Ihnen stehen?)

Wir kennen nur eine Wahl, die notwendig ist, und das ist die am 13.Januar des kommenden Jahres. Und das ist sehr bezeichnend. Diese Bagatell-Wahlen fordern Sie mit starker Stimme, aber die wirkliche Volkswahl, die alles andere dokumentieren wird,- Ihr behauptet, daß das Saargebiet ganz zu Ihnen gehört - die wollen Sie nicht, denn dann wird sich herausstellen, was noch bei Ihnen los ist, wie schwach Sie sind. Wie die Sozialdemokraten jetzt jammern! Wo ist Ihr Reichsbanner und die schwielige Faust des Arbeiters, nach Ihren Tiraden? Wenn Sie sich doch so stark fühlen, dann jammern Sie doch nicht wie ein altes Weib. Ein besseres Propagandamittel als den Führer der sozialdemokratischen Freiheitsfront finden wir nicht mehr. Wenn ich den parfümierten und eleganten Vertreter sehe, dann geht es mir genau so wie der Masse der Bevölkerung, dann wird es einem schlecht. Lesen Sie die Kundmachung Ihrer Parteifreunde Kern und Schäfer, dann ist die Sache erledigt. Wir haben nicht die Absicht, uns groß mit Ihnen zu beschäftigen. Am 13.Januar 1935 setzen wir den Schlußstrich unter das Diktat von Versailles und die Welt wird aufatmen, daß der Strich so gesetzt wird, wie die Welt es erwartet. Der Krieg wird liquidiert und mit einem Schlag hört mit der Saarfrage ein Verbrechen am Volke auf.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hey!

Abg. Hey(KP): Zuerst zu den Ausführungen des Herrn Becker. Sie haben mich vor Gericht gefordert. Ich habe nichts dagegen einzuwenden. Ich habe Ihnen in meiner Eigenschaft als gewählter Vertreter der Bevölkerung gesagt, was in der Zeitung gestanden hat über wunderbare Geschäfte durch Zollbetrug.

(Zuruf des Abg. Becker (DF): Ich habe Ihnen ausdrücklich gesagt, Sie sollen Ihren Ausspruch außerhalb des Hauses wiederholen.)

Auf das tiefe Niveau des Herrn Schmelzer steige ich nicht hinab. Herr Schmelzer ist in der Deutschen Front schon gerichtet. Aber eins muß ich zum Ausdruck bringen. Ich hatte einmal Gelegenheit, die Geschäfte eines Herrn Schmelzer selbst zu erleben, als ich Mitglied des Kreistages war, als Herr Schmelzer alle Malerarbeiten durch den Landkreis erhielt. Ich habe damals dem Landrat die Frage gestellt, wie es möglich ist, daß alle Malerarbeiten dem Herrn Schmelzer übertragen werden. Es wurde mir gesagt,Herr Schmelzer liefert gute Ware. Ich habe den Antrag gestellt, die Arbeiten zu submissionieren, es wurde mir aber geantwortet, nein, diese Arbeiten werden nicht submissioniert. Ich glaube, der kleine Meister hätte auch die Arbeiten ausführen können. Im Haushaltplan für 1930 wurde ein Betrag von 300 000 Franken eingesetzt, und fast alle Arbeiten,die ausgeführt wurden, wurden von Herrn Schmelzer ausgeführt. Die Malermeister von Saarbrücken sind an uns herangetreten und haben gesagt, sind wir Bürger zweiter Klasse, daß Herr Schmelzer alle Aufträge bekommt und wir gehen kaputt.Das ist Ihr Deutschtum,Herr Schmelzer!

Warum geht es dem deutschen Volk so schlecht ? Weil es dem deutschen Kapitalisten so gut geht! Die deutsche Arbeiterklasse wird ausgebeutet und ausgeplündert. Sehen Sie sich die Geschäftsabschlüsse an. Millionen und Abermillionen Gewinne, und wo sind diese herausgeschunden?

Die Frage unserer grundsätzlichen Stellungnahme zur Rückgliederung an's Reich! Herr Schmelzer, halten Sie uns für Selbstmörder. Glauben Sie, wir würden unsere Stimme dafür geben, daß tausende und abertausende in's Gefängnis gehen sollen. Für uns steht die Frage im Vordergrund,daß wir nichts anderes zu vertreten haben als die Interessen der Bevölkerung und von diesem Standpunkt aus haben wir uns leiten lassen. Wenn Hitler nicht mehr am Ruder ist, werden wir sehen, wer die besten Deutschen gewesen sind.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Braun!

Abg. Braun (SP): Nach der Rede des Herrn Schmelzer ist es nicht leicht festzustellen, in wessen Auftrag er gesprochen hat und wohin wir ihn einzureihen haben.

(Zuruf des Abg. Schmelzer(DF): Nicht in Ihre Gesellschaft)

Gehört er jetzt wieder zu den Leuten um Papen, die Menschlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit fordern. Ist er nach Goebbels ein Kümmerling oder nach Hitler ein kleiner Knirps, oder dürfen wir ihn sogar auf der Seite des zweiten Teils der sogenannten nationalen Revolution vermuten? Herr Schmelzer sagte nämlich, "nehmen wir einmal an, es wäre so", das läßt darauf schließen, daß dieDesillusion und die beginnende Einsicht auch vor den Märzhasen und hundertprozentigen Nationalsozialisten der "Deutschen Front" nicht halt macht. Der Herr Hey hat schon recht, wenn er sagt, daß der Herr Schmelzer nichts mehr versteht, sobald man in die Politik tiefer eindringt. Herr Schmelzer, Sie können mich nicht irre machen. In gewissen Dingen in der Politik können Sie nicht mitreden, Herr Schmelzer. Wir haben für nichts anderes gekämpft als für gleiches Recht in politischer, sozialer und kultureller Hinsicht. Die Sozialdemokratische-und die Kommunistische Partei waren es in den Jahren der fremden Militärherrschaft, die die deutsche Fahne hochgehalten haben. Damals war es gefährlich, sich für das Deutschtum einzusetzen. Ohnedies wäre Deutschland zerschlagen worden. Herr Schmelzer, ehe Sie über die Sozialdemokraten und die Kommunisten urteilen, müssen Sie sich vor Augen halten, was diese für Ihr Vaterland getan haben.

(Zuruf des Abg. Schmelzer(DF): Da gehören Sie nicht dazu !)

Ich fühle mich nur als einen der Funktionäre der Bewegung, die restlos hinter mir steht. Über die frühere Haltung der "Volksstimme" will ich Ihnen sagen, es war kein Geringerer als Ihr Freund Stresemann, der gesagt hat, die einzigen Leute, die meine Politik verstehen, sind leider nur die Sozialdemokraten. Nun haben Sie gesagt, ich hätte mich zu einer Saar-Rede in Frankfurt gedrängt, die zweifelhaft gewesen wäre.

(Zuruf des Abg. Schmelzer(DF): Sie haben sich händeringend an uns gewandt, wir möchten die Rede von Bernhard Schneider unter den Tisch fallen lassen.)

Was darüber zu sagen ist, habe ich bereits getan.

Vorsitzender: Ich schließe die Sitzung (12 Uhr 30 Minuten)!

--

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 1